

Impressum

Arbeitskreis für Agrargeschichte

Vorsitz:
Prof. Dr. Stefan Brakensiek
Universität Duisburg-Essen
Historisches Seminar
Universitätsstr. 12 - Gebäude R12
D-45117 Essen

Der AKA-Newsletter wird für den Arbeitskreis für Agrargeschichte zweimal jährlich herausgegeben vom:

Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Westf. Wilhelms-Universität Münster

Redaktion und Satz:
Johannes Bracht M.A.
Stubenrauchstraße 20
D-24248 Mönkeberg

www.agrargeschichte.de



AKA

newsletter

Nr. 24, Oktober 2008
im Umfang reduzierte pdf-Version

„Jahr ohne Sommer“ –
Die Klimaanomalie von 1816 und
ihre Folgen für Rheinhessen
(Tobias Huff) S. 3

Widerstand – Annäherung – Akzeptanz.
Herrschaft als soziale Praxis im
ländlichen Sachsen der (Vor-)Moderne
(Ira Spieker / Elke Schlenkrich) S. 11

Berichte

AKA-Mitgliederversammlung 2008 S. 24

„Ländliches Bauen im Nordwesten
zwischen 1920 und 1950“ S. 28

“Production and productivity
in European agriculture” S. 34

„100 Jahre Hellerau“ S. 38



„Große Wäsche“,
Erika Groth-
Schmachten-
berger, 1963
(mehr auf S. 62)

www.agrargeschichte.de

Verehrte Mitglieder,

Im Juni ist eine kleine Ära zu Ende gegangen. Vierzehn Jahre stand Werner Rösener an der Spitze des Arbeitskreises für Agrargeschichte, den er selbst mit ins Leben gerufen hatte. Röseners Arbeit hat reiche Früchte getragen, der AKA hat derzeit 143 Mitglieder, und so fällt es mir leicht, Herrn Rösener für sein Engagement an dieser Stelle zu danken. Und ich bin mir sicher, diesen Dank auch in Ihrer aller Namen aussprechen zu können. Den Vorsitz übernahm mit der Mitgleiderversammlung 08 Stefan Brakensiek, der bekanntlich seit vielen Jahren schon den AKA mitprägt.

In diesem Newsletter wartet auf Sie ein Beitrag von Tobias Huff, dem ersten Träger unseres FÖRDERPREISES AGRARGESCHICHTE, der eine gute Resonanz fand und nach allgemeiner Ansicht von nun an alle zwei Jahre ausgeschrieben werden sollte. Wir können so ausgezeichnete Abschlussarbeiten honorieren, viel versprechende Dissertationsprojekte unterstützen, allgemein auch die agrargeschichtliche Arbeit „an der Basis“ verfolgen und junge Forscher kennenlernen. In seinem Beitrag fasst Huff den Inhalt seiner Abschlussarbeit zusammen, mit der er sich diesen Preis verdient hat.

Ich freue mich außerdem, in diesem Heft einen Vortrag der Sommertagung „Herrschaftsvermittlung“ von Ira Spieker präsentieren zu können, wofür ich ihr und ihrer Co-Autorin Elke Schlenkrich herzlich danke. Auch Pavel Himl hat seinen Beitrag zu Verfügung gestellt und dieser wird im nächsten Heft erscheinen. Mats Olsson und Patrick Svensson berichten in diesem Heft über eine der letzten Tagungen im Rahmen des „Progressore“-Programms (COST). Heinrich Stiewe stellte einen Bericht über eine wichtige Tagung des Arbeitskreises für Hausforschung zu Verfügung. Und schließlich berichtet Uta Bretschneider von einer Tagung zur Idee und Ausführung der Gartensstädte und dem darin zum Ausdruck gekommenen Bestreben, städtisches Wohnen mit ländlichen Attributen zu vereinigen. Auch ihnen danke ich für die Mitarbeit.

Dass Ihnen der vorliegende Newsletter vielfältige Anregung biete, wünscht Ihnen

Ihr Johannes Bracht

„Jahr ohne Sommer“ – Die Klimaanomale von 1816 und ihre Folgen für Rheinhessen¹

Vorstellung der mit dem Förderpreis für
Agrargeschichte ausgezeichneten Magisterarbeit

Tobias Huff

„Klimakatastrophe“ wurde zum Wort des Jahres 2007 gekürt. Dahinter steht das Bewusstsein, dass wir es mit einem Klima zu tun haben, das sich verändert und zwar auf eine für den Menschen bedrohliche Art und Weise. Auf vielen Ebenen in Gesellschaft und Politik ist darauf eine Reaktion zu spüren. Seien es private Bemühungen, Energie zu sparen oder Gesetzesvorhaben mit dem Zweck, den menschlichen Einfluss auf das Klima zu reduzieren.

Während wir heute mit einem sich erwärmenden Klima konfrontiert sind, waren Anfang des 19. Jahrhunderts die letzten Auswirkungen der „kleinen Eiszeit“ zu spüren. Es handelte sich um eine Phase ausgeprägter Klimaungunst mit kurzen Vegetationsperioden in Europa, die etwa die landwirtschaftlichen Anbaugrenzen veränderte. Auf diese Veränderungen mussten auch unsere Vorfahren reagieren. Dies gilt besonders dann, wenn zu der kühlen Grundtendenz der Zeit eine Katastrophe hinzukam.

Die Magisterarbeit „Jahr ohne Sommer“ – Die Klimaanomale von 1816 und ihre Folgen für Rheinhessen befasst sich mit einer solchen Katastrophe und untersucht die Auswirkungen eines extremen Klimaphänomens auf die Gesellschaft in Mainz und seinem rheinhessischen Umland. Zwischen dem 5. und 12. April 1815 war der Tambora, ein Vulkan im indonesischen Archipel, ausgebrochen. Es war die gewaltigste Vulkaneruption seit dem Ende der letzten Eiszeit, also seit etwa 10.000 Jahren. Der 4.500 Meter hohe Berg bülste ein Drittel seiner Höhe ein, hinterließ eine Caldera von 700 Metern Tiefe und sechs Kilometern Durchmesser und forderte allein vor Ort 45.000 Opfer. Enorme Asche- und Schwefelmengen gelangten in die Stratosphäre

¹ Der Beitrag fasst die Ergebnisse meiner 2007 bei HD Dr. Helmut Schmahl, Universität Mainz, verfassten Magisterarbeit gleichen Titels zusammen. Im Folgenden wird auf wissenschaftliche Nachweise in Form von Fußnoten weitgehend verzichtet. Detaillierte Quellenangaben und –belege sind der Magisterarbeit zu entnehmen, die im Stadtarchiv Mainz einzusehen ist.



Karte: Rheinhessen 1820 (J. Bracht/ IEG-MAPS)

und in das Strömungsregime der Nordhemisphäre. Im Sommer 1816 lag dieses Gemisch über dem Nordatlantik, erreichte das östliche Nordamerika sowie West- und Mitteleuropa und brachte den betroffenen Gebieten einen kühlen und verregneten Sommer. Für eine Gesellschaft, deren wirtschaftliches Rückgrat die Landwirtschaft bildet, ist eine solche Entwicklung Existenz bedrohend.

I. Ansatz und Methodik

Als methodologischer Ansatz, Zusammenhänge zwischen Klimaschwankungen und Gesellschaft zu erklären, wurde das Interaktionsmodell von Robert W. Kates gewählt.² Dies geht in vier Schritten vor. Zunächst muss das Klimaereignis detailliert beschrieben werden. Dazu sind verlässliche Rekonstruktionen nötig. Der zweite Schritt ist eine möglichst exakte Beschreibung des Untersuchungsgegenstandes, in diesem Fall Mainz und Rheinhessen. Drittens folgt eine Auflistung der unmittelbaren Reaktionen auf die Anomalie und in einem vierten und anspruchsvollsten Schritt werden die langfristigen Strukturveränderungen herausgearbeitet.

II. Historische Klimatologie

Die Arbeit ist dabei in zwei Teile gegliedert. Der erste Block beschäftigt sich intensiv mit der Historischen Klimatologie. Die zentrale Frage ist, welche Möglichkeiten es gibt, vergangene Klimazustände zu rekonstruieren. Verlässliche Instrumentenmessungen reichen nur bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts zurück, haben also für unseren

² Kates, Robert W.: The interaction of climate and society. In: Climate Impact Assessment. Studies on the interaction of climate and society. Hrsg. v. Robert W. Kates. Chichester 1985. S. 3-36.

Untersuchungszeitraum keine Bedeutung. Dem Historiker stehen dabei zwei große Quellenkomplexe zur Verfügung. Auf der einen Seite sind die naturwissenschaftlichen Daten zu nennen, aus denen sich mit Hilfe von Korrelationsrechnungen die Witterungsbedingungen bestimmen lassen. Unter diese Rubrik fallen Eisbohrkerne aus der Antarktis und Grönland, Baumringe, die Bewegungen der Gletscherzungen oder Pollenanalysen. Der Vorteil dieser Art von Daten ist, dass sie in nahezu unbegrenzter Menge vorliegen und sehr weit in die Erdvergangenheit zurückreichen. Der Nachteil ist die grobe zeitliche Rasterung. Mit den Baumringen etwa lässt sich nur der klimatische Charakter von Jahreszeiten nachzeichnen. Da im Mittelpunkt des Historikers jedoch der Mensch und die menschliche Gesellschaft stehen und diese Gesellschaft bereits auf kurzfristige Klimaereignisse sensibel reagiert, muss eine andere Methode gefunden werden, den Witterungsverlauf einzelner Monate, Wochen und sogar Tagen zu rekonstruieren.

Hilfreich sind hier Quellen, in denen Menschen indirekt über ihre Umwelt berichten. Erntetermine sind solche Informationen, aber auch die Berichte von Hochwassern, die ein Indiz für die Niederschlagstätigkeit sind. Das Datum der Kirschblüte etwa spiegelt den Temperaturverlauf der vorhergehenden dreißig Tage wieder. Besonders umfangreich und ergiebig sind dabei ökologische Datenreihen und diese haben auch für den Untersuchungsraum Mainz und Rheinhessen Bedeutung. Sehr genau hielten die Winzer Blüte- und Reifedatum, Rotfärbung der Burgundertraube, Lesebeginn und Erntemenge und Qualität fest. Auch über Steuerlisten lassen sich Rückschlüsse auf Quantität und damit der Witterung ziehen, denn Wein war ein wichtiges Exportgut.

Von besonderer Qualität für den Historiker sind jedoch die direkten Witterungsbeobachtungen. Mönche und Gelehrte – vor allem Astronomen – führten so genannte Witterungsbüchlein. Der Zürcher Stadtschreiber Wolfgang Haller etwa notierte von 1545 bis 1576 nahezu lückenlos die tägliche Witterung. Ebenfalls im 16. Jahrhundert kamen die Bauernpraktiken in Umlauf, kleine Kalender, in denen Platz gelassen wurde für tägliche Eintragungen. In diese Kategorie gehören auch die Schiffslogbücher, in denen mehrmals täglich die Windrichtung vermerkt wurde. Daraus lassen sich die großräumigen Druckverhältnisse über dem Atlantik bestimmen, die für das europäische Wetter eine große Rolle spielen. Aber auch private Korrespondenzen liefern wichtige Hinweise, falls der Verfasser lokale Witterungsverhältnisse in sein Schreiben mit einfließen ließ.

Anhand aller dieser Daten wurde versucht, ein Bild des Sommers 1816 zu zeichnen. Festzuhalten bleibt, dass der Sommer auf der einen Seite sehr kühl war. Christian

Pfister hat für das Schweizer Mittelland eine Durchschnittstemperatur im Juli/August von 14,8°Celsius errechnet, was normal dem Wert eines kalten Junis entspricht.³ Im Vergleich zu den Durchschnittstemperaturen von 1961-90 war er etwa 1°-1,5° Celsius kälter. Dies hatte zur Folge, dass in vielen Gegenden Westeuropas das Getreide nicht vollständig auswuchs oder erst spät eingebracht werden konnte. Das Königreich Hannover verschob seine Ständeversammlung wegen des Erntetermins vom 5. September auf den 3. Oktober 1816. In höheren Lagen der Mittelgebirge musste das Getreide teils so lange auf den Feldern bleiben, dass frühe Schneefälle weiteren Schaden anrichten konnten. In Rheinhessen fiel die Weinernte nahezu vollkommen aus. Als Lesebeginn ist in den Quellen der 8. November zu finden, der daraus gewonnene Wein wurde jedoch als ungenießbar bezeichnet.

Zudem war der Sommer sehr regnerisch. Die Mainzer Zeitung vermerkte an 60 von 90 Sommertagen Regen. Dies führte zu dem Problem, dass die Heu- und Getreideernte feucht eingebracht werden musste, was sowohl einen niedrigeren Nährwert der Frucht zur Folge hatte als auch die Gefahr des Schimmelbefalls erhöhte. Zudem wies das aus der feuchten Frucht gewonnene Mehl schlechte Backeigenschaften auf und verdarb schnell.

III. Soziale, ökonomische und politische Rahmenbedingungen

Der zweite Teil der Arbeit befasst sich intensiv mit der Situation Rheinhessens vor, während und nach der Klima-anomalie. Dabei wurde die Geschichte Rheinhessens seit dem Beginn der Revolutionskriege skizziert. Hier fanden die Veränderungen, die während der französischen Zeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Agrarverfassung gemacht wurden, besondere Beachtung. Vor 1800 war Rheinhessen ein von Subsistenzwirtschaft geprägtes Agrarland, das, vom Wein abgesehen, kaum eine Marktorientierung aufwies. Erschwert wurde dies durch die kleinräumige Herrschaftsaufteilung, die etwa den Bau von Transportwegen verhinderte. In der Stadt Mainz war ein auf die Bedürfnisse des Hochadels und der Hofhaltung ausgerichtetes Handwerk beheimatet, dem nach dem Ende des Kurstaates und der Eingliederung ins französische Empire die Grundlage entzogen wurde. Zudem wurde der Rhein eine Zollgrenze und Mainz wurde von seinen traditionellen Handelsrouten abgeschnitten.

Bald nach dem Ende der Revolutionskriege zeigten die fortschrittlichen, französi-

3 Pfister, Christian: Klimageschichte der Schweiz 1525-1860. Das Klima der Schweiz von 1525-1860 und seine Bedeutung in der Geschichte von Bevölkerung und Landwirtschaft. 3. Aufl. Bern 1988, S. 282.

schen Reformen ihre Wirkung. Die Bauern wurden von Pächtern zu Eigentümern ihres Landes und mit dem Wegfall des Zehnten und Einführung der Grundsteuer wurde es rentabel, auch margenschwache Böden zu bebauen. In Rheinhessen stiegen die Anbaufläche und im Verbund mit neuen Anbaumethoden – etwa der Stallfütterung – auch der Gesamtertrag an. Aus einem Hof im Dorf Wintersheim ist bekannt, dass zu kurpfälzischen Zeiten nur eine Kuh über den Winter gebracht werden konnte, die zudem trockenfiel. Nach den Agrarreformen konnten zwei Kühe gehalten werden, die das gesamte Jahr über Milch gaben. Nieder-Saulheim musste im Alten Reich jährlich einen Zehnten von etwa 6 500 Gulden liefern und oft gab es Ernten, wo die Summe nicht aufgebracht werden konnte. Unter französischer Herrschaft musste die Gemeinde 7 800 Gulden an Grundsteuern zahlen. Dies ist jedesmal ohne Aufschub gelungen.

Es wurden nun nennenswerte Überschüsse produziert, die auf den regionalen Fruchtmärkten abgesetzt wurden. Besondere Bedeutung hatte hierbei der Mainzer Fruchtmarkt, dessen Preise als Referenzwerte für die Region galten. Zudem wurden von der französischen Verwaltung feste Heerstraßen gebaut, die der zivilen Nutzung offenstanden. Diese Straßen waren auch bei schlechter Witterung benutzbar und verkürzten die Transportzeit und damit die Kosten der Strecke vom bäuerlichen Produzenten zum städtischen Verbraucher erheblich. Neben den Modernisierungen im juristischen und zivilrechtlichen Bereich wie dem *code civil* führten die Agrarreformen dazu, dass die Landbevölkerung die Möglichkeit bekam, im bescheidenen Maß Kapital aufzubauen, das als Rücklage für schlechtere Zeiten genutzt werden konnte. Der Wirtschaft der Stadt Mainz, die schwer unter den Kriegen und dem Ende des Kurstaates zu leiden hatte, wurde versucht, mit Hilfe eines Freihafens unter die Arme zu greifen. Positiv wirkte sich auf die städtischen Lohnempfänger die Tatsache aus, dass sich, wie oben beschrieben, die Brotpreise auf einem niedrigen Niveau befanden.

Diese für Mainz und Rheinhessen günstige Entwicklung fand 1813/14 mit den Befreiungskriegen ein Ende. Allerdings führten die Kriege und Durchmärsche der Armeen nicht mehr zu einer Hungersnot, da die Bevölkerung den in den vorherigen Jahren angesammelten Wohlstand zur Deckung des Lebensunterhaltes einsetzen konnte. Damit fand sich das Gebiet, das wenig später als Provinz Rheinhessen dem Großherzogtum Hessen-Darmstadt zugeschlagen werden sollte, in einer glücklicheren Lage als viele seiner Nachbargebiete. Die Typhusepidemie, die 1813 in Mainz ausbrach, war gewiss eine schmerzliche Erfahrung, hatte aber keine wirtschaftlichen oder klimatischen Hintergründe. Zum Jahresende 1815 war die Kapitaldecke der Rheinhessen zwar abgeschmolzen, aber das Land verfügte über eine moderne, effektive Verwaltung und eine leistungsfähige, exportorientierte Landwirtschaft. Der Ausfuhr

von Wein, Weizen, Rüb- und Kleesamen im Wert von 3 Mio. Gulden standen als größere Posten nur die Einfuhr von Vieh und Holz im Wert von 200.000 Gulden entgegen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Reformen der französischen Zeit die Verwundbarkeit Rhein Hessens gegenüber dem Klima verringert hatten. Das Toleranzband, in welchem sich Klimaanomalien abspielen können, bevor sie negative Auswirkungen auf die Gesellschaft nehmen, war wesentlich breiter geworden.

IV. Ergebnisse, Auswirkungen und Diskurs

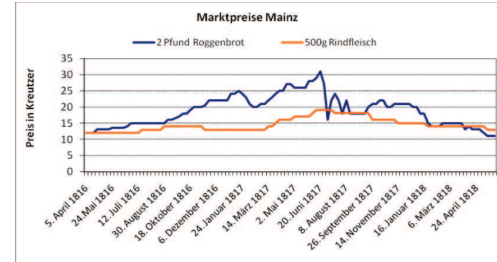
So kam es dann auch 1816 nicht zu einer Missernte in Rhein hessen. Die Erntemenge und Qualität des Getreides gingen zwar spürbar zurück, aber in der Summe brachte die Provinz mehr ein, als sie für den Eigenbedarf benötigte. Allerdings ist im Brotpreis auch eine psychologische Komponente enthalten. Die Nachrichten über Teuerungskrisen aus ganz Deutschland ließen auch die Preise in Mainz steigen. Kostete etwa ein Laib Roggenbrot von zwei Pfund am 5. April 1816 auf dem Mainzer Wochenmarkt 12 Kreuzer, stieg der Preis auf dem Höhepunkt der Teuerung am 20. Juni 1817 auf 31 Kreuzer an.⁴

Ein Mainzer Tagelöhner musste zu diesem Zeitpunkt etwa 75% seines Einkommens für Brot ausgeben. Dass er ohne staatliche Unterstützung nicht mehr seinen Lebensunterhalt bestreiten konnte, ist leicht einzusehen. In der überregionalen Presse wurde die Entwicklung in Mainz als recht milde charakterisiert, woraus sich erahnen lässt, wie die Zustände im übrigen Deutschland gewesen sein müssen. Besonders schwer betroffen waren die preußische Rheinprovinz, das Elsaß und Württemberg. In den Zeitungen stieg die Zahl der Meldungen, die das Schicksal der armen Landbevölkerung drastisch schilderten, stark an. Familien mussten sich von gekochten Kartoffelschalen oder Kleie ernähren, gruben Maulwürfe, Wurzeln oder verfaulte Kartoffeln des letzten Jahres aus und aßen die verwendeten Tiere, da es nicht genug Heu gegeben hatte, diese über den Winter zu bringen.

Die Regierungen der betroffenen Länder mussten Getreide auf Märkten zukaufen. Die klassischen Exportländer des Baltikums konnten erst nach der Wintervereisung liefern. Aus diesem Grund sammelten sich die Getreidekommissionäre in Mainz, da Rhein hessen als einzige Region in Mitteleuropa nennenswerte Überschüsse zu verteilen hatte.

⁴ Alle Preise, auch die, die als Rohdaten des Diagramms dienen, sind dem Mainzer Wochenblatt 1816-1818 entnommen.

Die hohen Getreidepreise und deren Ursache waren auch Gegenstand täglicher Debatten, die vornehmlich über die Mainzer Zeitung geführt wurden. Die Magisterarbeit hat den Diskurs aufgegriffen. Den Zeitgenossen war der Kausalzusammenhang „Vulkanausbruch – schlechte Witterung“ unbekannt. Sie alle sahen zwar in den klimatischen Rahmenbedingungen den Anlass der Teuerung, über die Ursachen herrschte jedoch Dissens. Auf der einen Seite standen die Verfechter des Freihandels, die die hohen Preise als natürliche Folge einer knappen Ernte interpretierten und die hohen



Preise als Segen für die landwirtschaftlichen Produzenten und damit für die gesamte agrarisch geprägte Provinz ansahen. Auf der anderen Seite standen die Mahner, die als Ursache der hohen Preise die herrschenden sozialen Strukturen ausmachten so wie den Eigennutz und Gewinnstreben des Einzelnen. Je länger die Krise andauerte, neigte sich das Pendel der zweiten Gruppe zu. Die Stimmung, vor allen Dingen in der Stadt Mainz, gegenüber „Für- und Wiederkäufern, Kornjuden und Wucheren“ wurde immer aggressiver und entlud sich in einzelnen, gewalttätigen Aktionen. Am 14. August 1817 musste die preußische Garnison in Mainz einschreiten, um einen Lynchmord an einem Kornhändler zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund sah sich die Zentralkommission in Mainz als höchste Verwaltungsinstanz in der Provinz Rhein hessen genötigt, einzugreifen. Hatte sie zunächst den Handel kaum reglementiert, wurden unter dem Eindruck der Spannungen in Mainz die Exportbestimmungen schrittweise verschärft, bis der Export des wichtigsten Brotgetreides Roggen ganz verboten wurde. Da die Preise im Ausland jedoch so exorbitant hoch waren, kam es zu einem regen Schwarzmarkthandel und Schmuggel.

Aktive Armenunterstützung wurde über Wohlfahrtsausschüsse organisiert. Die

Mittel dazu stammten aus einer Branntweinabgabe, die für den Zeitraum der Teuerung erhoben wurde. Im März 1817 fanden sich auf der Liste der Notleidenden des Kantons Mainz – bestehend aus Mainz, Zahlbach, Kastel und Kostheim – 2 971 Bedürftige. Dies entsprach etwa 11% der Einwohner. Als abzusehen war, dass die Ernte des Jahres ergiebig sein würde, wurden alle Handelshemmnisse aufgehoben.

Langfristige Strukturveränderungen sind erst auf den zweiten Blick auszumachen. Der Druck, die Agrarverfassung zu modernisieren, wie dies nach 1816 in Althessen oder Württemberg geschah, gab es in Rheinhessen nicht mehr. Als erste Maßnahme wurden staatliche Fruchtmagazine angelegt, die in Notzeiten Mehl zu verbilligten Preisen abgeben sollten. Dazu kam ein Pfandhaus in Mainz, für das der Zins auf 10% festgesetzt wurde. Es hatte sich gezeigt, dass während der Krise die Hungernden ihr Hab und Gut teilweise zu Zinsen von 80% eintauschen mussten, um sich von dem Erlös Nahrung kaufen zu können.

Die hohen Preise der Jahre 1816/17 lösten jedoch einen Konjunkturzyklus in Rheinhessen aus. Angesichts der attraktiven Preise floss viel Kapital in den Erwerb von Hofgütern. Diese Käufe waren oft kreditfinanziert und als es zu Beginn der 1820er Jahre zu einem Verfall der Getreidepreise kam, konnten die Schulden nicht mehr bedient werden. Es kam zu einer Welle von Zwangsversteigerungen und einem dramatischen Rückgang des Lohnniveaus der Tagelöhner. Verstärkt wurde dieser Effekt dadurch, dass Preußen 1818 seine Zollgrenzen schloss und damit der Hauptabnehmer rheinhessischen Getreides und Weins wegfiel. Auf diese Zeit allgemeiner Depression reagierte die Regierung mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die Rheindämme wurden ausgebaut und das Straßensystem, das in seiner Grundstruktur Rheinhessen heute noch prägt, wurde damals angelegt.

Zwei langfristige Entwicklungen seien noch angemerkt, auch wenn sie nicht in Rheinhessen angesiedelt sind. Der Darmstädter Justus Liebig erlebte als 13jähriger die Hungerkrise, die ihn nachhaltig geprägt hat. Zeit seines Lebens hat er seitdem versucht, die Anbaumöglichkeiten der Landwirtschaft zu erweitern, was ihm schließlich mit der Entwicklung des Mineraldüngers gelungen ist. In Württemberg gründete der junge König Wilhelm I. 1818 eine landwirtschaftliche Unterrichtsanstalt und lud nach Cannstatt zu einer Messe ein, deren Zweck es war, den Landbau zu heben. Die beiden Einrichtungen sind heute bekannt unter der Universität Hohenheim und dem Stuttgarter Volksfest „Cannstatter Wasen“.

Tobias Huff M.A. ist Doktorand an der Universität Mainz

Widerstand - Annäherung - Akzeptanz. Herrschaft als soziale Praxis im ländlichen Sachsen der (Vor-)Moderne¹

Ira Spieker / Elke Schlenkrich

Am 2. April des Jahres 1763 wandte sich Carl Werner Ernst von Miltitz auf Siebeneichen bei Meißen an den Gerichtsdirektor zu Scharffenberg und klagte:

„Der bey meinen Unterthanen eingeriessene Ungehorsam und Dienstverweigerung hat sich nun auch bis auf die Gärtner und Drescher zu Pegenau und Repniz erstreckt.“²

Der Hintergrund seiner Beschwerde war folgender: Bereits seit 1760 vernachlässigten seine Untertanen mit „größten trotz“ ihre Dienste. Zwei Knechte wurden als Aufwiegler bezeichnet, aber auch 26 namentlich genannte weitere Beteiligte wollten nun „aus bloßen Muthwillen nicht mehr treschen“ und ließen sich weder durch Ermahnungen, noch durch Strafandrohungen umstimmen. Von Miltitz war gezwungen, Tagelöhner anzustellen, auch um Hanf und Flachs brechen und seine Weinberge bestellen zu können. Der Grundherr forderte daher das Gericht auf, die Gärtner wegen Dienstverweigerung zu verurteilen und sie für den erlittenen Schaden sowie die entstandenen Kosten in Regress zu nehmen. Die Dreschgärtner fühlten sich jedoch im Recht; sie sahen die Verhältnismäßigkeit von Forderungen und Verpflichtungen gestört und wandten sich selbst an die nächst höhere Instanz.

Das zweite Beispiel führt in die Oberlausitz. Infolge der Juliereignisse des Jahres 1830 wurde in Zittau – wie auch andernorts – eine Kommission eingesetzt, die Beschwerdenangelegenheiten der Gemeinden regeln sollte. Im Oktober des betreffenden

1 Der Beitrag stellt eine leicht modifizierte Fassung des Vortrages dar, den Ira Spieker anlässlich des Sommertreffens des Arbeitskreises für Agrargeschichte am 27. Juni 2008 im Kulturwissenschaftlichen Zentrum in Essen hielt.

2 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (im Folgenden: SHStA DD) 10570 Nr. 750.

Jahres legte die Gemeinde Hainewalde dieser Kommission eine Schrift vor, die 25 ausführlich geschilderte Gravamina umfasste.³ Die Beschwerdepunkte reichten von der Höhe der Steuerabgaben über das Fischereirecht im Dorfbach bis hin zu Drohungen und Misshandlungen durch den Gutsherrn und seine Vertreter. Der Gutsherr Ernst



Die Untersuchungs-
orte im Königreich
Sachsen (J. Bracht)

Gustav von Kyaw nahm in einer weiteren Schrift zu diesen Klagepunkten Stellung.⁴ Diese komplementären Quellen zeigen deutlich, welche Differenzen und welches Konfliktpotenzial zwischen der Gemeinde und ihrem Gutsherrn bestanden, inwieweit Selbst- und Fremdwahrnehmung hier differierten.

Das letzte Fallbeispiel stammt ebenfalls aus der Oberlausitz. Gegen Ende des Jahres 1858 ereignete sich folgender Vorfall: Der Wirt der Eichlerschen Schankwirtschaft in Ober-Kemnitz hatte die Erlaubnis erhalten, eine Tanzveranstaltung bis Mitternacht abzuhalten. Kurz bevor diese frühe Sperrstunde erreicht war, liefen zwei junge Bur-schen kurz entschlossen zum Rittergutsbesitzer von Thielau, um eine Verlängerung zu erbitten. Von Thielau erteilte auch umgehend sein Einverständnis und gewährte der Gesellschaft zwei weitere Stunden. Diese vermeintliche Großzügigkeit brachte ihm wenige Tage später eine Beschwerde des zuständigen Gerichtsamts ein: Der Gutsherr hatte seine Kompetenzen überschritten und zudem nicht den offiziellen Dienstweg eingehalten.⁵

Diese drei Beispiele markieren im Wesentlichen die Zeitspanne sowie den geographischen Rahmen des Forschungsprojekts „Ländlicher Alltag auf dem Weg in die Moder-

³ Staatsfilialarchiv Bautzen (im Folgenden: StaFiA BZ) 50009 Nr. 4140. Zu einem vergleichbaren Vorgang in der Grundherrschaft Purschenstein vgl. SHStA DD 10492 Nr. 385.

⁴ StaFiA BZ 50009 Nr. 4139.

⁵ StaFiA BZ Vorakten AH Bautzen/Löbau, Nr. 202, Bl. 1-6.

ne. Sächsische und oberlausitzische Agrargesellschaften zwischen Rétablissement und Erstem Weltkrieg.⁶ Das Untersuchungsgebiet bilden die sächsischen Erblande sowie die Oberlausitz, d.h. exemplarisch vor allem die Grundherrschaft Siebeneichen bei Meißen sowie die Gutsherrschaften Hainewalde in der südlichen, protoindustriellen und Gaußig in der nördlichen Oberlausitz.

Der untersuchte Zeitraum erstreckt sich vom letzten Drittel des 18. Jahrhunderts bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts: eine Periode, in der vielfältige Transformationsprozesse im gesellschaftlichen sowie im juristisch-administrativen Bereich stattfanden und die von vielen Krisenphasen geprägt war. Mehrere Kriege und Truppendurchzüge brachten Not und Elend; Missernten lösten weitere ökonomische Krisen aus. Weitreichende Veränderungen für Sachsen resultierten schließlich aus dem Erlass der Verfassung von 1831, die den Untertanen des Königreichs verhältnismäßig spät ihre persönliche Freiheit zuerkannte. Mit den Agrarreformen von 1834 konnten alle Einwohner des Landes ihre ökonomischen und persönlichen Verpflichtungen und Abhängigkeiten gegenüber einem Grund- oder Gutsherrn gegen ein entsprechendes Entgelt ablösen. Weitere administrative Reformen wie die Eingliederung der Oberlausitz in den sächsischen Staatsverband 1834/35 sowie der Erlass der Landgemeindeordnung im Jahr 1838 folgten. Durch einige dieser Verwaltungsreformen lockerte sich der Zugriff der Obrigkeit auch im zwischenmenschlichen Bereich: Vor allem die Auflösung der Patrimonialgerichtsbarkeit im Jahr 1855 brachte eine weitere formale Trennung von Macht- und Einflussbereichen.

In unserem Projekt nehmen wir somit 150 Jahre in den Blick, in denen sich wesentliche politisch-administrative, sozio-ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen vollzogen haben. Die klassischen Epochengrenzen werden dabei außer Acht gelassen, um Transformationsprozessen sowie dem Nach- und Nebeneinander von Entwicklungen auf die Spur zu kommen.⁷

Der Schwerpunkt unseres Interesses liegt jedoch nicht auf der Ereignis- oder Behördengeschichte, sondern auf deren Auswirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten

⁶ Dieses Forschungsprojekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert und am Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde in Dresden unter Leitung von Martina Schattkowsky und Johannes Moser (München) durchgeführt (www.isgv.de). Siehe auch AKA-newsletter 21, 2007, S. 7-19.

⁷ Vgl. Clemens Zimmermann: Ländliche Gesellschaft und Agrarwirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Transformationsprozesse als Thema der Agrargeschichte. In: Werner Trossbach und ders. (Hg.): Agrargeschichte. Positionen und Perspektiven. Stuttgart 1998 (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, 44), S. 137-163, hier S. 140 u. 162.

für die ländliche Bevölkerung. Bei diesem handlungstheoretischen Zugang stehen die Agierenden selbst, ihre Erfahrungsräume und ihre Entscheidungsmöglichkeiten im Zentrum.

Pierre Bourdieu zufolge schreibt sich die soziale Welt den Individuen auf drei Ebenen ein: Das geschieht durch Wahrnehmungsschemata, mithilfe derer die alltägliche Wahrnehmung der Welt strukturiert wird, durch Denkschemata, die der Interpretation der sozialen Welt dienen, sowie durch Handlungsschemata, welche die Praktiken der Agierenden ausformen und bedingen. Das Ergebnis dieser Einschreibungen ist der Erwerb der Fähigkeit, dass Menschen in ihrer jeweiligen sozialen Welt – in diesem Fall im geographisch-sozialen Raum der Gutsherrschaften – wissen, welches Verhalten angemessen ist.⁸ Die Mehrzahl der Akteure verfügte über ein Repertoire an bestimmten sozialen Dispositionen oder praktischen Fähigkeiten, die die Voraussetzung dafür bilden, auf Handlungszüge anderer adäquat zu reagieren.

Die Frage nach Herrschaftspraxen impliziert zugleich die Frage nach Erfahrungsräumen und Handlungsoptionen. Alf Lüdtke hat bereits darauf verwiesen, dass das Feld der Macht nicht eindimensional und linear bestimmt ist, sondern durch ein vielfältiges Netz von Aushandlungsprozessen um Hierarchien, Abhängigkeiten und Miteinander.⁹ Herrschaft besteht aus einem komplexen Bündel von Handlungen, die der Eigenlogik des Feldes unterliegen, durch das Machtstrukturen vermittelt werden.¹⁰ Damit ist die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Formen der Übermächtigungen von allen Betroffenen als rechtmäßig anerkannt werden. Wenn Herrschaft als soziales Kräftefeld verstanden wird,¹¹ stellt sich die Frage nach den Gestaltungsmöglichkeiten von „Herrschenden“ und „Beherrschten“ sowie nach der jeweiligen Selbst- und Fremdwahrnehmung.¹²

8 Pierre Bourdieu: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt/M. 2003 (Nachdr. d. Ausgabe von 1987).

9 Alf Lüdtke: Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis. In: ders. (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien. Göttingen 1991 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 91).

10 Pierre Bourdieu: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt/M. 1998, S.51f.

11 „Kräftefeld“ meint diejenigen Ressourcen, die Akteure (Einzelne, Kleingruppen sowie gesellschaftliche Klassen) nutzen oder vergeben.

12 Da diese Zuweisungen nicht eindeutig und starr waren, sondern in der Interaktion immer wieder modifiziert und neu verhandelt wurden, müssten beim Gebrauch der Begriffe eigentlich immer Anführungszeichen verwendet bzw. mitgedacht werden.

Im Kontext des ersten Beispiels war die Beziehung zwischen „Untertanen“ und der unmittelbaren obrigkeitlichen Instanz, also der Gutsherrschaft, geprägt durch ein Geflecht von Abhängigkeiten und Berührungspunkten: Patrimoniale Gerichtsbarkeit, Gesindezwangsdienst der Untertanenkinder, vielfache Abgabenverpflichtungen der Bauern, Gärtner, Häusler und Einlieger bestimmten das Verhältnis. Zahlreiche Konflikte und Prozesse zeigen das Selbstverständnis der Gemeindemitglieder sowie ihr Ringen um vermeintliche Rechte: Insbesondere Streitereien um Abgaben, Dienstverpflichtungen, Wegerechte sowie vor allem Hutung verweisen auf Spannungen und unterschiedliche Rechtsauffassungen zwischen Gutsherrschaft und Untertanen. Die Dienstverweigerungen der Dreschgärtner stellen einen prototypischen Streitfall dar; ähnliche Verfahren lassen sich bis in die 1820er-Jahre nachweisen. Zentral scheint hier die Tatsache zu sein, dass nicht etwa die Abgaben oder Dienstverpflichtungen generell als Zumutungen begriffen wurden, sondern stets deren Verhältnismäßigkeit Gegenstand der Verhandlungen war.

Gemeinschaften wie das System der Gutsherrschaft beruhen auf impliziten Gesellschaftsverträgen, die einen normativen Konsens unter allen Beteiligten voraussetzen. Die Verletzung dieses Konsensus kann Gefühle der Missachtung zur Folge haben. Werden diese individuellen Erfahrungen von Missachtung als Schlüsselerlebnisse einer ganzen Gruppe erfahren, so können sie handlungsleitend wirken und kollektive Forderungen nach Anerkennung nach sich ziehen.¹³ Widerspenstiges Verhalten gegenüber der „Herrschaft“, sofern deren „Untertanen“ Ansprüche ihnen gegenüber als unangemessen empfanden, ist ein Indikator dafür. Neben der Verletzung von ideellen Ansprüchen spielte in diesem Zusammenhang allerdings auch die schlichte Sicherung des ökonomischen Überlebens eine große Rolle. Die erwähnten Dreschgärtner begründeten ihre Verweigerungshaltung mit den hohen Belastungen, die sie infolge des Siebenjährigen Krieges zu tragen hatten. Einquartierungen und Truppen-durchmärsche forderten ihre gesteigerte Arbeitsleistung sowie zusätzliche Abgaben von Holz, Vieh und Naturalien. Plünderungen und Verwüstungen verschärften die Lebensbedingungen zusätzlich. Es wurde also gleichermaßen die Verfügungsgewalt über materielle Ressourcen wie auch symbolische Güter verhandelt – darunter vor allem die Grundsätze Verhältnismäßigkeit und Gerechtigkeit.

13 Axel Honneth: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt/M. 1994, S. 260.

Diese Gewichtung hatte sich in den Argumentationsmustern des zweiten Beispiels leicht verschoben. In Folge der Juliereignisse des Jahres 1830 bildete sich in vielen Städten Sachsens eine politische Öffentlichkeit heraus. Dieser Prozess lässt sich – zumindest ansatzweise – auch im ländlichen Raum nachweisen. Anonyme Droh- und Schmähschriften, die zum Widerstand gegen die Obrigkeit aufriefen, stellten wichtige Kommunikationsmittel dar, um Impulse für die Formierung einer politischen Öffentlichkeit zu transportieren. In der Oberlausitz erhoben sich im September 1830 die Gutsuntertanen in Neukirch gegen ihre Herrschaft und verbrannten die Gerichtsakten;¹⁴ dieser Akt stellte gewissermaßen die Initialzündung dar. Anfang Oktober gab der sächsische König dann sein Zugeständnis, Reformen in Bezug auf Verfassung und Verwaltung einzuleiten. Zugleich hatte die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oberste Priorität. Vor diesem Hintergrund erfolgte die Einrichtung von Beschwerdekommisionen, die den Druck von unten auffangen und kanalisieren sollten. Im Gegensatz zum gängigen Verfahren der Supplikationen, mit denen Untertanen im Vertrauen auf die Obrigkeit zumeist darauf abzielten, ihr (ökonomisches) Überleben zu sichern, ist mit diesen Kommissionen eine neue Verfahrens- und Verhandlungsstufe erreicht.

In diesem Kontext stehen die Verhandlungen, die anhand zweier komplementärer Quellen die Differenzen in der Fremd- und Selbstwahrnehmung der Hainewalder Untertanen und ihres Gutsherrn spiegeln. Im Gegensatz zum Streitfall der Dreschgärtner brachten die Gemeindevertreter in ihren 25 Beschwerdepunkten nicht nur die „gängigen“ Themen wie Dienste, Abgaben und Hutung zur Sprache bzw. deren Belastung und Verhältnismäßigkeit. Vielmehr wurden diese Frondienste am Vorabend der Agrarreformen bereits generell infrage gestellt und ihre Aufhebung anvisiert. Nun stand das Aushandeln von Ablösungsmodalitäten zur Diskussion.

Darüber hinaus scheinen weitere Konflikte und Differenzen auf, deren Spannweite sich über die Einhaltung von Stiftungsbestimmungen, über Schulgeldzahlungen bis zu körperlichen Züchtigungen durch den Gutsherrn erstreckt. Die Gemeindevertreter jedenfalls hatten klare Vorstellungen davon entwickelt, wie diese Streitpunkte in ihrem Sinne zu lösen seien. Die Stellungnahme des Gutsherrn auf die Beschwerdeschrift zeigt den Versuch, die Beziehung zu seinen Untertanen als fürsorgliches und großherziges patriarchalisches Verhältnis zu konstruieren. Das schließt einerseits ein, vermeintliche Rechte einzufordern, die durch Gesetze, Verträge und rechtskräftige

¹⁴ Karl Czok (Hg.): Geschichte Sachsens. Weimar 1989, S. 333.

Entscheidungen legitimiert waren. Andererseits signalisierte er jedoch seine Kooperations- und Verhandlungsbereitschaft.

Interessens-, Macht- und Zuständigkeitskonflikte zwischen mehreren beteiligten Instanzen manifestierten sich dagegen im dritten Beispiel: dem Verfahren, das sich an die überzogene Tanzveranstaltung anschloss. Trotz der nachträglichen Genehmigung durch den Gutsbesitzer musste sich der Schankwirt verantworten: Das Gerichtsam ermittelte wegen Überschreitung der genehmigten Frist. Von Thielau, der zugleich das Amt des Friedensrichters und des Landesältesten bekleidete, den Landständen der Oberlausitz angehörte,¹⁵ hatte die Angelegenheit auf dem kurzen Dienstweg geregelt und sah den Fall somit als erledigt an. Schließlich lag eine Erlaubnis vor: nämlich seine. Die Kreisdirektion Bautzen teilte jedoch mit, dass einem Friedensrichter keineswegs derartige Befugnisse zustünden – in dieser Funktion könne er lediglich die Aufsicht über das Fest ausüben.¹⁶ Besonderen Unmut und Unverständnis rief übrigens nicht die Tatsache hervor, dass der Gutsherr seine Kompetenzen überschritten und den Amtsweg nicht eingehalten hatte, sondern dass er überhaupt die Erlaubnis zur Verlängerung der Tanzveranstaltung erteilt hatte „und zwar noch dazu nur auf Anbringen der jungen Leute“.

Von Thielaus Verhalten macht deutlich, dass er sich nach wie vor als ermächtigt ansah, diese Art von Entscheidungen zu treffen.¹⁷ Auch die Tanzgesellschaft selbst, die seine Erlaubnis einholte, schrieb ihm diese Verfügungsgewalt zu. Das muss jedoch keineswegs das Fortbestehen alter Abhängigkeitsstrukturen bedeuten, sondern kann im Gegenteil als Indiz für deren Umnutzung und Erweiterung zum wechselseitigen Vorteil gewertet werden. Denn die Begründungszusammenhänge verweisen ausdrücklich darauf, dass beide Parteien in diesem Fall kooperierten, um zu ihrem Ziel zu gelangen.

¹⁵ Viele Gutsherren in der Oberlausitz übten nach der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit das Amt des Friedensrichters aus. Damit war zum einen die Gefahr gegeben, dass alte Machtverhältnisse fortgeschrieben und Umstrukturierungen verzögert wurden, zum anderen konnte sich diese Konstellation im Gegenteil förderlich auswirken; zum Wandel von Herrschaftsverständnis und politisch-bürokratischer Teilhabe preußischer Rittergutsbesitzer vgl. Patrick Wagner: Bauern, Junker und Beamte. Lokale Herrschaft und Partizipation im Ostelbien des 19. Jahrhunderts. Göttingen 2005 (Moderne Zeit, 9).

¹⁶ Auch gehöre dieses Recht nicht zu den lokalpolizeilichen Befugnissen, sondern stehe unter der Aufsicht des Gerichtsamts – Gesetz zur Behördenorganisation vom 11. Aug. 1855.

¹⁷ In dieser Hinsicht handelte er übrigens auch in einer Grauzone, da in der Oberlausitz das Recht, die Erlaubnis zum Tanzvergütigen zu erteilen, zum Teil noch vom Gutsherrn selbst ausgeübt wurde.

Indem von Thielau die „Rechte“ der Tanzgesellschaft anerkannte, stärkte er auch sein Verhältnis zur Gemeinde. Und dadurch, dass die Gemeinde – oder in diesem Fall die Tanzgesellschaft – den Gutsherrn als oberste Instanz stilisierte, schuf sie eine Art Vakuum, in dem Reglementierungen und Normen nicht direkt griffen.

Dafür, dass der Gutsherr sich ohne weiteres über den Instanzenweg hinweg setzte, spielte sicherlich auch sein Selbstverständnis als Person von öffentlichem Rang und Status eine Rolle. Die neu gegründete Institution Gerichtsamt fühlte sich durch diese vermeintlich legitimierte Zuwiderhandlung jedoch düpiert und sah „die obrigkeitliche Autorität in sehr ernster Weise“ gefährdet. Eben diese Behörde hatte nämlich den Antrag des Schankwirts auf Verlängerung von vorneherein ausdrücklich abgewiesen und forderte daher jetzt eine entsprechende Ahndung der Zuwiderhandlung. Der Versuch, auf der Verwaltungsebene Kontrolle im ländlichen Raum zu institutionalisieren, war durch die (interpersonelle) Kommunikationsstruktur deutlich erschwert – und in diesem Fall vorerst ganz ausgehebelt.

Ausgeprägte Tendenzen, durch eine übergeordnete Verwaltungsbürokratie im verstärkten Maße Weisungen und Kontrollen auszudehnen, lassen sich allerdings schon in den Jahren vor der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit nachweisen. Zahlreiche Konflikte um Zuständigkeiten begleiteten den Prozess um die Kompetenzfestschreibungen für lokale und übergeordnete Instanzen. Ein Beispiel hierfür bietet der Schriftwechsel zwischen dem Hainewalder Gutsherrn von Kyaw und der Kreisdirektion Bautzen im August 1841. Der Gutsherr hatte einem Mediziner die Erlaubnis erteilt, sich in seinem Gutsbezirk als (Wund-)Arzt und Geburtshelfer niederzulassen. Damit zog er sich jedoch die harsche Kritik der übergeordneten Verwaltungsbehörde zu: Unter Bezugnahme auf die einschlägigen Gesetzesgrundlagen verwies die Bürokratie den Gutsherrn in seine Schranken und forderte ihn auf, sich künftig derartiger unbefugter Erlaubniserteilungen zu enthalten.¹⁸

Die neuen Behörden beharrten auf ihren Rechten, ließen in Bezug auf ihre Informationspolitik allerdings deutlich zu wünschen übrig: Oftmals wurden die lokalen Instanzen wie Friedensrichter erst im Nachhinein über getroffene Maßnahmen unterrichtet oder erfuhren von Neuerungen gar erst aus dem amtlichen Kreisblatt, wie eine Umfrage aus dem Jahr 1859 unter den 21 Friedensrichtern, die zugleich dem Stand der Rittergutsbesitzer angehörten, ergab.¹⁹

¹⁸ StaFil BZ 50133 Nr. 3990.

¹⁹ StaFil BZ Vorakten AH Bautzen/Löbau Nr. 202; Bl. 15.

Auch die Gemeindevertreter verweherten sich gegenüber Anmaßungen des Gutsherrn. Rittergutsbesitzer von Zenker auf Pommitz vermietete im Mai 1859 Wohnungen an auswärtige Familien, die er als Arbeitskräfte anstellen wollte. Er setzte sich damit über den Rechtsbereich der Gemeinde hinweg und verwies in einer „heftigen und barschen Weise“ auf seinen Status als Gutsherr und Friedensrichter. Kurzerhand versperrte der Gemeindevorsteher den Zuzüglern daraufhin den Weg und hinderte sie daran, ihre Habseligkeiten vom Wagen abzuladen, solange der Gemeinde nicht die entsprechenden Papiere vorlägen.²⁰

Herrschaft als institutionalisierte Möglichkeit zu Befehlen ließ sich also ohne die Zuschreibung von Rechtmäßigkeit nicht durchsetzen. Machtverhältnisse und Zuständigkeiten waren ständig in Bewegung und wurden stets aufs Neue bestimmt und verändert.

Die Synthese dieser Fallbeispiele weist Gemeinsamkeiten auf und deutet Entwicklungstendenzen an. Das soll auf den Ebenen Kommunikation, Herrschaftsverständnis bzw. deren Stabilisierung und Absicherung näher beleuchtet werden.

Zunächst wird deutlich, dass Herrschaft (sowohl deren Ausübung als auch deren Akzeptanz) auf Interaktion und Kommunikation basiert. Die Beispiele spiegeln Vorstellungen von Verhaltensweisen und Zuständen, die als angemessen anerkannt oder geradezu eingefordert bzw. als unangemessen abgelehnt wurden. Diese Erwartungen mussten wechselseitig durchgesetzt, vermittelt oder modifiziert werden. Die Kommunikationsweisen und ihre Kanäle veränderten sich dabei im Laufe des Untersuchungszeitraums. Zu Beginn unserer Studie gründete Herrschaftsausübung eher auf der Forderung nach Gehorsam sowie dem Einsatz von Zwangsmitteln und Gewalt. Dennoch überwog keineswegs die strikte Folgsamkeit gegenüber den Anmungen des Gutsherrn. Die Untertanen hatten im Gegenteil recht genaue und eigene Vorstellungen davon, was sie zu leisten und was sie zu fordern hatten.

Die gemeinsame Verständigung darüber konnte sich zäh und widerstandsreich gestalten. Die Kommunikation fand zunächst auf direktem Weg, sodann über den Gerichtsdirektor statt. Die Beklagten vertrauten auf die übergeordnete Instanz und hofften darauf, durch das Instrument der Supplikation an ihr Recht zu kommen. Ihre Eingaben zeugen von einem großen Glauben in die Macht des geschriebenen Wortes sowie in den Instanzenweg, d.h. die Inanspruchnahme von Behörden.

²⁰ Ebd., Bl. 24-38.

Durch den Ausbau der Administration wurden die Entscheidungs- und somit auch die Kommunikationswege differenzierter und institutionalisierter. Die Beschwerdekommisionen bieten ein gutes Beispiel für den Versuch, Konflikte aus dem interpersonellen Bereich auf eine formalisierte Ebene zu heben und dadurch zu entschärfen. Die Vermittlungsinstanz „Kommission“ erweckt einerseits den Eindruck, dass die Interessen beider Seiten (angemessen) berücksichtigt werden. Andererseits wird dadurch eine Art neutrale Pufferzone geschaffen, die Aggressionen und Widerständigkeit kanalisieren soll – gewissermaßen ein Ventil für den Druckausgleich. Direkte Zugriffe und unkontrollierte bzw. unkontrollierbare Ausschreitungen schienen damit verhindert. Dieses „hydraulische“ Modell greift für die Zeit nach 1855 nicht mehr. Beide Seiten, sofern Gutsfamilie und Gemeinde so polarisiert werden können, hatten sich nun auf und mit der Ebene behördlicher Instanzen auseinanderzusetzen.

Damit sind jedoch lediglich Tendenzen skizziert und keineswegs lineare Prozesse. Es gab, wie bereits deutlich wurde, viele Grauzonen, Zuständigkeitskonflikte und Interessenskollisionen. Vor allem die interpersonellen Verflechtungen prägten das Verhältnis Gutsfamilie – Gemeindeglieder maßgeblich. Der direkte Kontakt, individuelle Persönlichkeitsdispositionen, wechselseitige Verpflichtungen sowie Kosten-Nutzenerwägungen spielten hier eine wesentliche Rolle. Eine strikte Polarisierung ließe diese Zwischenräume im sozialen und hierarchischen Miteinander aus dem Blick geraten. Herrschaft und Macht sind keine starren Gebilde, sondern Aktionsfelder, die von Veränderungen leben. Das Beispiel der Tanzveranstaltung zeigt, dass der Behördenweg umgangen werden und eine Kooperation für beide Seiten effizienter sein konnte.

Insbesondere am Herrschaftsverständnis lassen sich solche Interaktionsprozesse wie auch das Nebeneinander von unterschiedlichen Modellen nachvollziehen. Das gilt vor allem für Rechte, die den „Herrschenden“ zuerkannt wurden bzw. die sich diese selbst anmaßen. Unterschiedlichen Standpunkten und Streitwerten machen deutlich, was als verhältnismäßig und als wem zustehend anerkannt wurde; hier zeigt sich das Kalkül um gegenseitigen Nutzen, Gerechtigkeitsempfinden und Wahrnehmungen. Auf der Ebene der Herrschaftsausübung lassen sich bislang keine signifikanten geschlechts-

spezifischen Unterschiede feststellen.²¹ Wie sich die Kategorie Geschlecht in Bezug auf die Teilhabe an Widerständigkeits- und Aushandlungsprozessen auswirkt, lässt sich dagegen lediglich durch Einzelfallbeispiele belegen, wenn beispielsweise die Abgabenbelastungen als ungerecht oder unangemessen empfunden wurden.

Die Mechanismen der Inklusion bzw. Exklusion, die zur Stabilisierung von Herrschaft angewendet wurden, hatten sowohl direkten wie auch indirekten Charakter. Neben den offiziellen Instrumenten in Form von Ermahnungen, Strafandrohung bzw. -zumessung bis hin zu Ausweisungen (von Personen ohne Heimatrecht) gab es seitens der Gutsherrschaft auch subtilere Methoden, ihre Anliegen durchzusetzen. Insbesondere karitative Akte sollten das Miteinander befrieden und befördern. Dazu zählten Stiftungen und andere – materielle – Hilfsleistungen. Diese korrespondierten allerdings mit sozialer Kontrolle und Disziplinierung, denn eine Unterstützung setzte Wohlverhalten voraus. Hilfe bei venerischen Krankheiten und die Übernahme der Behandlungskosten durch den Gutsherrn in den 1770er-Jahren in Hainewalde waren ganz klar mit Disziplinierungsmaßnahmen der Patienten verbunden.²² Erst mit den Gesetzesvorgaben ab den 1830er- und 1840er-Jahren wurden diese Leistungen aus dem Prinzip der Freiwilligkeit gelöst und auf Pflichtbeiträge, Vereine und Versicherungssysteme verlagert.

Inszenierung und Absicherung von Herrschaft bedienten sich auch emotionaler und performativer Elemente. Positiv konnotierte Gefühle wie Treue und Dankbarkeit zielen auf den Erhalt von Institutionen der Gesellschaft – so auch in Bezug auf Gutswirtschaften – ab; negative Gefühle hingegen konnten als Instrument der sozialen Kontrolle eingesetzt werden. Gutsherr und Untertanen drückten wechselseitig ihre Erschütterung und Enttäuschungen aus, gaben Beteuerungen ihrer besten Absichten ab und stilisierten sich als „gute“ Untertanen bzw. als wohlmeinender und treu

21 Allerdings wurde auch nur die Herrschaft Gaußig über eine längere Periode durch eine Frau, Gräfin Henriette von Schall-Riauour, geführt. Siebeneichen und Hainewalde waren dagegen ausschließlich in männlicher Hand.

22 StaFilA BZ 50141 Nr. 6092; vgl. hierzu Elke Schlenkrich: Zwischen Aderlass, Cholera und Pockenschutzimpfung. Modernisierungstendenzen im ländlichen Medizinalwesen Sachsens. In: Ira Spieker/Elke Schlenkrich/Johannes Moser/Martina Schattkowsky (Hg.): UnGleichzeitigkeiten. Transformationsprozesse in der ländlichen Gesellschaft der (Vor-)Moderne. Dresden 2008 (Bausteine aus dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde, 11) – i. Dr.

sorgender Patriarch. Die formelhafte Verwendung entsprechender Begrifflichkeiten untermalte diese Praxis.

An diese ersten Tendenzen schließen sich weitere Fragestellungen an. Vor allen Dingen sind dabei die Brüche interessant, die in Bezug auf Herrschaftsverständnis und Inszenierung aufscheinen: Der Performance vom fürsorglichen Patriarchen, der in Solidargemeinschaft mit seinen Untertanen lebt, steht in vielen Fällen eine geradezu brutale Durchsetzung von Macht entgegen, die Familien in die absolute Verelendung trieb. Gutsherr und Gemeinde sollten eigentlich eine Art Solidargemeinschaft bilden, denn dem Gutsherrn war in der Regel daran gelegen, seine Untertanen im (finanziellen) Gleichgewicht zu halten, schon allein, um die eigenen Einkünfte zu sichern sowie die fragile soziale Stabilität innerhalb der Gemeinde zu erhalten. Dieser impliziten Verantwortung widersprach das teilweise rücksichtslose Vorgehen insbesondere des Hainewalder Gutsherrn von Kyaw gegenüber einigen säumigen Schuldnern in seiner Gemeinde. Zahlreiche Beispiele von übertrieben scharfer Vorgehensweise zeugen von öffentlicher Machtdemonstration, die existenzielle Folgen hatte.²³ Neben dieser Zurschaustellung von Herrschaft bestanden jedoch auch für den Gutsherrn Abhängigkeiten gegenüber Gemeinemitgliedern – auch finanzieller Art. Die Untertanen wiederum brachten der Herrschaft oftmals Vertrauen in Krisen- und Konfliktzeiten entgegen – die Erwartung von Unterstützungsleistungen konnte jedoch auch recht vehement umgesetzt werden.

Neben diesen Punkten erscheint die Analyse der zeitgenössischen Semantik und deren Anerkennungsbegrifflichkeiten viel versprechend und gibt Aufschluss über die Bildung von Gruppenidentitäten sowie darüber, wie sich die Vorenhaltung rechtlicher oder sozialer Anerkennung auf Handlungspraxen auswirkte. Hierzu zählt auch die Untersuchung von gemeinschaftsbildenden Praktiken, Gesten und Symbolen wie beispielsweise von Festen und gemeinsamen Essen. Insbesondere Ereignisse wie Amtseinführungen und Huldigungen bieten ein hervorragendes Beispiel für szenische Vorführungen von Macht. Im Jahr 1827 übernahm der nunmehr mündige Ernst Gustav Hermann von Kyaw das Gut Hainewalde. Seine Tagebuchaufzeichnungen aus dieser Periode bieten Einblicke in die Selbstwahrnehmung des Gutsherrn und

²³ Ira Spieker/Elke Schlenkrich: Im Soll: Kredite, Schuldklagen und Zwangsvollstreckungen. Ländliche Ökonomien im (vor)modernen Sachsen als Spiegel sozialer Praxen. In: Volkskunde in Sachsen 19 (2007), S. 9-40, hier S. 33 ff.

in seine Machtbefugnisse.²⁴ Ausführlich berichtete von Kyaw auch über den Festakt seiner Huldigung: Er führte auf, wer ihm den Eid der Treue leistete, schilderte ebenso die Sitzordnung wie den Speiseplan. Feste und gemeinsame Mahlzeiten, bei denen Zuteilungen und Positionierung sowie Aufgabenverteilung unter den Anwesenden die soziale Stratifizierung abbildeten, gehörten ebenfalls zu den gemeinschaftsbildenden Praktiken.

Die Analyse von Herrschaft auf der interpersonellen Ebene lässt erwarten, dass sich Erfahrungsräume und Entscheidungsmöglichkeiten sowie die ihnen unterlegten sozialen Praktiken abzeichnen, die bei einem Blick „von oben“ dem Zugriff entzogen wären. Neben den großen Prozessen der Enträumlichung und Entpersonalisierung können so kleine Verschiebungen transparent gemacht werden, die sich in Bezug auf Zuständigkeiten und Kompetenzen, auf Herrschaftsverständnis sowie Praktiken der wechselseitigen Stabilisierung vollzogen. Indem das Beziehungsgeflecht Gemeinde, Gutsherrschaft und deren Umgang mit behördlichen Zugriffen im Zentrum der Analyse steht, sollen Brüche und Nuancen deutlich werden, die Transformationsprozesse, das Nebeneinander und die Überlappung von Verhaltensstrategien begleiteten.

Dr. Ira Spieker und PD Dr. Elke Schlenkrich sind Mitarbeiterinnen des Instituts für sächsische Geschichte und Volkskunde

²⁴ StaFilA BZ 50141 Nr. 2416.

Bericht von Sommertagung und Mitgliederversammlung 2008

Das 15. Sommertreffen des AKA fand am 27. Juni 2008 in den Räumen des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen statt. Im fachlichen Teil war es dem Thema „Herrschaftsvermittlung in der ländlichen Welt der Neuzeit gewidmet“, zu dem Stefan Brakensiek ein Programm zusammengestellt hatte. Nach einer Einführung durch Brakensiek referierten Pavel Himl und Ira Spieker, deren Beiträge in Textfassung in diesem Heft abgedruckt sind.



Ira Spieker, Pavel Himl

Erstmalig verliehen wurde im Rahmen des Treffens der mit 1.000 Euro dotierte „Förderpreis Agrargeschichte“, mit dem für das Jahr 2008 Tobias Huff für seine Arbeit zur Klimaanomale 1816 ausgezeichnet wurde. Der Vorsitzende Werner Rösener zog ein positives Resümee aus dieser ersten Ausschreibung, denn die aus dem Vorstand bestehende Jury hätte eine stattliche Zahl ausgezeichneter Arbeiten eingereicht bekommen, unter denen sich Huffs Arbeit jedoch wegen ihrer souveränen Verbindung von Klimageschichte und Agrargeschichte durchgesetzt hätte (siehe den Beitrag von T. Huff in diesem Heft S. 3-10).

Die Mitgliederversammlung, an der 20 Mitglieder teilnahmen, eröffnete Werner Rösener mit Hinweisen auf die stattgefundene Tagung der Gesellschaft für Agrargeschichte über Erwerbsgartenbau und der Vorankündigung der kommenden GfA-Tagung am 12. Juni 2009 über „Klimawandel und Agrarentwicklung“.

Der Kassenführer Johannes Bracht erläuterte den Haushaltsbericht 2007/08. Bracht machte darauf aufmerksam, dass zahlreiche säumige Beitragszahler einge-



Tobias Huff, Werner Rösener

kommen waren, somit die Einnahmen etwas überdurchschnittlich ausfielen. Bei derzeit 143 Mitgliedern sei pro Jahr mit Einnahmen von rund 1.800 Euro zu rechnen. Die mittelfristige Planung sehe eine Finanzierung der Druckkosten der Newsletter zu zwei Dritteln durch Anzeigen vor. Weiterhin sollen die Tagungen finanziell unterstützt werden (Fahrt und Übernachtung der Referenten). Der erstmals verliehene Förderpreis werde den Haushalt alle zwei Jahre mit je 1000 Euro belasten. Der Kassenprüfer Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt hatte wegen Abwesenheit sein Urteil schriftlich abgegeben. Das Schreiben lag der Mitgliederversammlung vor. Lorenzen-Schmidt hatte den Bericht für korrekt befunden und auf seinen Vorschlag hin entlastete die Versammlung Kassenprüfer und den Vorstand.

Bei der daraufhin anstehenden Neubesetzung trat der bisherige Vorsitzende des AKA, Werner Rösener, nicht wieder an. Stefan Brakensiek bekundete Bereitschaft, an Röseners Stelle den Vorsitz zu übernehmen. Daniela Münkel und Johannes Bracht waren bereit, weiterhin im Vorstand tätig zu sein. Rösener selbst schlug daraufhin Gunter Mahlerwein als zweiten Vertreter des Vorsitzenden und viertes Vorstandsmitglied vor, der mit einer Kandidatur einverstanden war. Dieser Vorstand wurde einstimmig ohne Gegenstimmen bei vier Enthaltungen gewählt. Brakensiek dankte daraufhin Rösener, der nicht den Arbeitskreis 1994 aus der Taufe gehoben hat, sondern seitdem an dessen Spitze stand und ihn wegweisend lenkte.

Im Anschluss daran stellte Stefan Brakensiek das nunmehr veränderte „Handbuchprojekt“ vor, an dem sich zahlreiche AKA-Mitglieder in den Vorjahren mit beträchtlichem Engagement beteiligt hatten, das aber letztlich von der DFG nicht bewilligt wurde. Eine „abgespeckte“ Version eines Handbuchs wird dennoch von Frank Konersmann, Gunter Mahlerwein und Reiner Prass erstellt, die dabei von der Rentenbank finanziert werden. Das Projekt trägt nun den Arbeitstitel „Handbuch der Agrargeschichte. Menschen – Räume – Umwelt“.

Um eine Kooperation mit der amerikanischen Agricultural History Society ging es beim nächsten Tagesordnungspunkt. Frank Uekötter überbrachte eine Anregung der amerikanischen Kollegen, eine gemeinsame Konferenz in Europa zu veranstalten. Die AHS besteht zwar seit 1919, trifft sich aber erst seit drei Jahren zu eigenen Jahrestagungen. Die Anregung wurde allgemein als zu wenig konkret eingeschätzt. Manche Mitglieder sprachen sich gegen Englisch als Sprache des AKA-Sommertreffens aus. Mehrere Beiträge gingen in die Richtung, bei Spezialthemen in Zukunft eine Beteiligung amerikanischer KollegInnen ins Auge zu fassen.

Das Konzept der 2009er Sommertagung „Bild des Bauern“ stellte daraufhin

Daniela Münkler vor, die sie in Hannover organisieren wird (siehe Seite 64). Als Tagungsort wird vorauss. das Hanns-Lilje-Haus gewählt werden, in dem auch Übernachtungsmöglichkeiten zu Verfügung stehen. Es wird eine zweitägige Veranstaltung werden unter Beteiligung nationaler und internationaler Forscher. In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, ob der Titel nicht einseitig den Bauern als Mann in den Vordergrund stelle und die Ergebnisse und Einsichten der Geschlechtergeschichte übergehe. Münkler entgegnete, mit dem Titel genau ausdrücken zu wollen, dass die Öffentlichkeitswirkung des männlichen Bauern nach wie vor stärker sei als die der Bäuerin und dies problematisieren zu wollen. Die Diskussion wurde mit der Empfehlung abgeschlossen, der Organisatorin bei der Konzeption freie Hand zu lassen.

Geplant ist, die 2009er Tagung mit einem internen vorgeschalteten Gespräch über die Sicherung agrargeschichtlich relevanter Quellen zu verbinden. Die Idee dazu lieferte Peter Moser vom Schweizer Archiv für Agrargeschichte, in dem bereits an zentraler Stelle die agrargeschichtliche Überlieferung verzeichnet und gesichert wird (vgl. AKA-Newsletter 23, S. 22-28). Eine vergleichbare Institution gebe es auf deutschem Gebiet bislang nicht. Da der AKA zahlreiche Mitglieder hat, die im Archivwesen tätig sind, sollte der AKA in der Tat diese Idee aufgreifen, war der Mitgliederversammlung zu entnehmen. Präferiert wurde aber die Form eines ersten Verständigungstermins, weniger die Form einer eigenen Tagung. Als Themen für kommende Sommertagungen wurden hingegen „Juden auf dem Land“ und „Randgruppen auf dem Land“ behandelt. Sigrid Schmitt machte den Vorschlag, 2010 eine Tagung über „Juden auf dem Land“, möglicherweise in Verbindung zum einschlägigen SFB „Exklusion und Inklusion“ in Trier, abzuhalten, oder die AKA-Tagung mit einer von ihr bereits geplanten Tagung „Adel im Dorf“, ebenfalls in Trier, zu verbinden. Für 2011 plädierte Gunter Mahlerwein für eine zweitägige Konferenz zum Thema „Armut“.

Schließlich wies Johannes Bracht noch auf die Website des AKA hin, die bisher von Niels Grüne betreut wurde, der das Amt aber demnächst abgeben will. Bracht erklärte sich bereit, zwecks Aufgabenbündelung dies Amt übernehmen und dafür auch die Aufwandsentschädigung von 25 Euro monatlich in Anspruch nehmen zu wollen. Ursula Schlude regte an, Newsletter und Website zusammen mit einem höheren Betrag zu honorieren. In Anbetracht anstehender Ausgaben wurde festgehalten, 2009 sowohl über eine Anhebung dieses Honorars als auch über eine Anhebung der Mitgliedsbeiträge auf 20 Euro zu debattieren.

(Johannes Bracht)

Kassenbericht des Arbeitskreises für Agrargeschichte

Berichtszeitraum: 26.5.2007-4.6.2008, Kassenführer: Johannes Bracht

Einnahmen

1. Guthaben Girokonto am 25.5.2007	1.076,27 €
2. Guthaben Tagesgeldkonto am 25.5.2007	3.521,74 €
3. Mitgliedsbeiträge	2.435,53 €
4. Anzeigen	350,00 €
5. Zinsen Tagesgeldkonto (exkl. Steuern)	89,15 €
6. Umbuchung von Giro	1.000,00 €
7. Rückbuchung falscher Lastschriftinzüge	454,54 €
Summe Einnahmen	8.927,23 €

Ausgaben

8. Produktion Newsletter	279,40 €
9. Website (Niels Grüne/ Kontent GmbH)	488,20 €
10. Fahrtkosten und Bewirtung Sommertagung 07	219,81 €
11. Fahrtkosten Vorstandssitzung	82,30 €
12. Plakate Förderpreis	155,94 €
14. Girokontoführung (incl. Zinsen)	96,18 €
15. Falsche Lastschriftinzüge	433,54 €
16. Umbuchung auf Tagesgeld	1.000,00 €
Summe Ausgaben	2.755,01 €
Saldo Einnahmen minus Ausgaben	6.171,86 €

Guthaben am 4.6.2008

Tagesgeldkonto	4.610,89 €
Girokonto	1.560,97 €
Summe Guthaben	6.171,86 €

Außenstände

Mitgliedsbeiträge 2005 (11 St.)	165,00 €
Mitgliedsbeiträge 2006 (24 St.)	360,00 €
Mitgliedsbeiträge 2007 (37 St.)	555,00 €
Summe Außenstände	1.080,00 €

Verbindlichkeiten

Förderpreis Agrargeschichte	1.000,00 €
Homepage-Pflege durch Niels Grüne Januar 08 bis Juni 08	150,00 €
Druck Newsletter 23	306,81 €
Mitgliedsbeiträge 2009-11	120,00 €
Summe Verbindlichkeiten	1.576,81 €

„Ländliches Bauen im Nordwesten zwischen 1920 und 1950“

Bericht über die 20. Treffen der Arbeitsgemeinschaft Haus- und Gefügeforschung in Arnheim (Niederlande), 4. bis 6. April 2008*

Heinrich Stiewe

Mit ihrem 20. Treffen, das vom 4. bis 6. April 2008 im Freilichtmuseum Arnheim in den Niederlanden stattfand, betrat die „Arbeitsgemeinschaft für Haus- und Gefügeforschung in Nordwestdeutschland“ in der Interessengemeinschaft Bauernhaus (IGB), zugleich Regionalgruppe Nordwest des Arbeitskreises für Hausforschung (AHF), gleich in zweifacher Hinsicht Neuland: Es war die erste Tagung, die im benachbarten Ausland stattfand und zum ersten Mal wurde dezidiert das ländliche Bauen des 20. Jahrhunderts, mit deutlichem Schwerpunkt auf der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland bzw. der deutschen Besetzung in den Niederlanden, in den Blick genommen. Zu danken ist dem fünfköpfigen Tagungsteam, namentlich **Sophie Elpers** und **Thomas Spohn**, für die konzeptionelle Vorbereitung und die vorzügliche Organisation vor Ort sowie dem Niederländischen Freilichtmuseum Arnheim für seine Gastfreundschaft.

Das Treffen begann am Nachmittag des 4. April mit geführten Rundgängen durch das Niederländische Freilichtmuseum, das mit einer Rekonstruktion der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Arnheimer Straßenbahn sowie einer Arbeiterhauszeile, einer Molkerei, einer ländlichen Gesundheitsstation, einer Wohnbaracke für molokkische Einwanderer u.a. zahlreiche markante Bauzeugnisse des 20. Jahrhunderts mit aktuellem zeitgeschichtlichem Bezug vorweisen kann. Abends begrüßten **Jan Vaessen**, Leiter des Freilichtmuseums Arnheim, **Dietrich Maschmeyer**, Bundesvorsitzender der IGB und **Michael Goer**, Vorsitzender des AHF, die etwa 60 angereisten Teilnehmer. Anschließend gab **Leendert van Prooje** (Arnheim) einen kurzen einführenden Überblick zur Entwicklung des Bauernhauses in der Region um Arnheim. In einem weiteren Abendvortrag berichtete **Erhard Preßler** (Gersten) über die ältere Entwicklung des Hallenhauses in der niederländischen Provinz Drenthe anhand dendrochronologisch datierter Beispiele des 14. bis 17. Jahrhunderts. Ausgangspunkt war seine aktuelle Dendro-Datierung eines Bauernhauses (**Loss Hoes**) aus Zeijen (Gem. Assen, Prov. Drenthe) im Freilichtmuseum Arnheim, das am Nachmittag besichtigt worden war. Entgegen der älteren Lehrmeinung zeigen die frühesten Beispiele eine Zimmerung mit aufgekämmten Dachbalken (Anderen, 1386 d; Witten, 1487 d), während durchgezapfte Ankerbalken erst im 16. Jahrhundert aufkommen.

* Leicht veränderter und um Abbildungen gekürzter Wiederabdruck aus: AHF-Mitteilungen 73, August 2008 (siehe www.arbeitskreisfuerhausforschung.de).

Der **Vortragstag** am Samstag, 5. April erbrachte überaus spannende Ergebnisse und trotz der gewohnten Dichte des Programms mit 20 (!) Vorträgen gab es lebhaft Diskussionen. Zu Anfang erinnerte **Wolfgang Dörfler** an den Ende 2007 verstorbenen Hausforscher **Ulrich Klages**, der die AG Haus- und Gefügeforschung als Gründungsmitglied mitgeprägt hat und dessen Gefügekundliche Ansätze auch bei den aktuellen Diskussionen in Arnheim sehr präsent waren (vgl. den Nachruf in AHF-Mitteilungen 72, 2008).

In einem einleitenden Beitrag gliederte **Thomas Spohn** (Dortmund/Münster) den Zeitraum 1920 bis 1950 in vier Entwicklungsphasen: 1. 1920-1933, ländliche Modernisierung versus Heimatschutzbewegung; 2. 1933-1939, NS-Agrarpolitik (dynamisches Fortschreiten der Modernisierung trotz Erbhofgesetz und „Blut- und Boden“-Ideologie; „Erzeugungsschlacht“), führende Heimatschutzarchitekten und Baupfleger (Schmitthenner, Schultze-Naumburg, Lindner) dienten sich dem Regime an, wurden aber von Hitler als „Rückwärtse“ verspottet; 3. 1939-1945, Zweiter Weltkrieg (Bauverbot, Kriegsbauten, „Generalplan Ost“: typisierte Neubauten von Bauernhöfen in eroberten Gebieten); 4. 1945-1950: Wiederaufbau kriegszerstörter Höfe (z.T. aber schon ab 1940), Aussiedlerhöfe, endgültiger Traditionsbruch und Durchsetzung der Moderne. Diese vorgeschlagene Periodisierung wurde in der Schlussdiskussion, die hier schon vorweg genommen sei, kritisch hinterfragt: Während einige Teilnehmer sie als „brauchbares Konstrukt vor dem Hintergrund einer langen Kontinuität“ akzeptierten (**Hermann Kaiser**), plädierte **Christoph Heuter** für eine Zäsur 1936/37 (Konsolidierung des „Dritten Reiches“). Dagegen hob **Andreas Eynck** die „wirklich wichtigen Umbrüche vor und nach dem hier behandelten Zeitraum“ hervor: die Industrialisierung des Bauens am Ende des 19. Jahrhunderts und die endgültige Marktorientierung der Landwirtschaft seit dem Ende der 1950er Jahre. Dazwischen liege eine „lange Periode der Anwendung des industrialisierten Bauens - mal mit Neorenaissance-Schnörkeln, mal mit Hakenkreuz, mal im Baupflegestil“.

Piet van Cruyningen (Wageningen, NL) stellte mit dem niederländischen Reichslandwirtschaftsarchitekten H. J. van Houten (1878-1955) einen „Erneuerer in Gewissennot“ vor, der durchaus erfolgreich versuchte, einen Kompromiss zwischen den Forderungen des Heimatschutzes und den praktischen Anforderungen der modernisierten Landwirtschaft zu finden.

André Geurts (Lelystad, NL) gab einen Überblick über das „Zuiderseeprojekt“, das größte Landgewinnungsunternehmen der Niederlande (150.000 ha Neuland, 3.000 neue Bauernhöfe). Beispielhaft stellte er die staatlich stark geförderte und von einer Planungsbehörde gelenkte Bautätigkeit im Wieringermeerpolder (1927-29, 390 Bauernhöfe) und im Nordostpolder (1942-62, 1.580 Höfe) vor. Es wurden vorgegebene Bautypen für Bauernhöfe und auf Wunsch der Regierung auch für Kleinbauernstellen entwickelt. Dabei dominierten moderne, funktionelle Gebäude; Anklänge an tradi-

tionelle Bauformen gab es allenfalls bei „friesischen“ Scheunen (Gulfscheunen). Im Nordostpolder wurden ab 1948 genormte Bauweisen eingeführt, z.B. standardisierte Beton-Montagescheunen aus vorgefertigten Elementen.

Den staatlich geförderten Wiederaufbau von 8.000 im Zweiten Weltkrieg zerstörten und zahlreichen beschädigten Bauernhöfen untersucht **Sophie Elpers** (Amsterdam, NL) in ihrer Dissertation. Das „Büro für den Wiederaufbau der Bauernhöfe“ (BWB) unter der Leitung des Architekten A.D. van Eck plante von 1940 bis 1955 den Wiederaufbau zahlreicher zerstörter Höfe. Die Bewohner und explizit auch die Bäuerinnen waren in Form von Ausschüssen an der Erstellung von Planungsrichtlinien beteiligt. Zunächst entstanden moderne, funktionale Bauernhöfe in „traditioneller Hülle“ im Stil der „Delfter Schule“ (Backsteinmauerwerk, Pfannendach, Sprossenfenster, aber modernere Ställe in Betonkonstruktion); ab 1949 wurden modulare Bauweisen eingeführt.

Wolfgang Dörfler (Hesedorf) schilderte die Debatte um die Erhaltung bzw. Wiederbelebung traditioneller Bauweisen, namentlich des niederdeutschen Hallenhauses, die in Nordwestdeutschland von Hausforschern, Heimatschützern und Baupflegerinnen (u.a. Josef Schepers, Gustav Wolf, Wilhelm Grebe, Walter Wickop, Ernst Grohne) zwischen 1930 und 1943 geführt wurde und verdeutlichte ihre Auswirkungen an einigen konkreten Bauten im Elbe-Weser-Raum.

Michael Schimek (Bad Sobernheim) stellte sieben Musterentwürfe landwirtschaftlicher Bauten vor, die das oldenburgische Siedlungsamt 1927 bis 1929 bzw. 1931 für staatlich geförderte Bauten im Rahmen der Moor- und Heidekolonisation zugrunde legte. Die Musterbaupläne, die eine beachtliche Resonanz unter Fachleuten und Bauherren fanden, orientierten sich zwar an traditionellen Bauformen („sächsisch“ = Hallenhaus, „friesisch“ = Gulphaus) und späthistoristischen Details (Stich- bzw. Korbogengestürze), erfüllten aber mit der konsequenten räumlichen Trennung von Wohn- und Wirtschaftsräumen unter einem Dach durchaus moderne hygienische und funktionale Anforderungen. Mit dem Wiederaufbau von ca. 60 Bauernhöfen im Oldenburger Münsterland nach einer Wirbelsturmkatastrophe von 1927 stellte **Simone Voss** (Berlin) ein konkretes Beispiel für staatlich gefördertes Bauen im liberalen Geist der 1920er Jahre vor, das zwar überwiegend traditionelle Bauformen (Quer- und Längsdielenhäuser sowie Gulfhäuser in spätem Backsteinhistorismus) hervorbrachte, doch wurde kein Druck auf die Bauherren hinsichtlich der Wahl eines bestimmten Bauplanes ausgeübt.

Anhand eines geborgenen Konvolutes von historischen Bauzeichnungen schilderte **Johannes Busch** (Lüdinghausen) vier Neubauten der Architekten- und Zimmererfamilie Voss aus dem südlichen Münsterland, die noch bis weit in den Zweiten Weltkrieg hinein ausgesprochen repräsentative Bauernhäuser mit traditionellen Dekorationselementen (Fachwerkgiebel, Sandsteingewände) errichten konnte.

Andreas Einyck (Lingen) gab einen Überblick über die staatlich gelenkte länd-

liche Bautätigkeit im Emsland - von der Moor- und Öndlandkultivierung in Preußen aufgrund des Reichsiedlungsgesetzes von 1911 über die von Gleichschaltung und Propaganda geprägte, aber wenig effiziente Siedlungspolitik des „Dritten Reiches“ unter Einsatz von Reichsarbeitsdienst und KZ-Häftlingen (Emslandlager ab 1934) bis zur Erschließung nach 1945 (Emslandplan ab 1950).

Unter dem veränderten Vortragstitel „Ikonisierung des Bodenständigen. Ländliches Bauen im Wendland 1920 - 1960“ beschrieben **Dirk Wübbenhorst** und **Knut Hose** (Wendland) die Entwicklung des ländlichen Bauens im heutigen Landkreis Lüchow-Dannenberg - von den Backsteinvillen und Zierfachwerkbauten des Historismus (ab ca. 1895) zu schlichten Ziegelrohbauten und Wohnhäusern im Heimatstil mit Fachwerkgiebeln (ca. 1920er bis 1950er Jahre), mit einer Kontinuität bis heute in Form von Fachwerk-Eigenheimen in Neubausiedlungen. Abgesehen von völkisch-ideologisch geprägten Inschriften (die es auch vor 1933 schon gab!) und einschlägigen Symbolen sehen die Referenten keinen eigenständigen Beitrag des Nationalsozialismus zur ländlichen Baukultur des Wendlandes. Mit dem Tessenow-Schüler Erich Kulke stellten sie einen typischen Vertreter der konservativen Baupflege vor, der mit Anfang 30 Leiter der nationalsozialistischen „Mittelstelle deutscher Bauernhof“ wurde und nach 1945 als Professor in Hannover seine Karriere fortsetzte, sich aber auch Verdienste um die Erhaltung der Rundlingsdörfer im Wendland erwarb.

Die folgenden Vorträge blickten über den regionalen „Tellerrand“ und stellten Beispiele aus Brandenburg und Süddeutschland vor: **Hans-Jürgen Rach** (Berlin) zeigte die 1939 in traditionell anmutender Fachwerkbaweise erstellten Neubauten der Saatzeugengesellschaft „Deutsche Südlupine“ östlich von Berlin, die mit Forschungsaufträgen zur Sojabohne im Zuge der NS-Autarkiepolitik einen Aufschwung erlebte. Mit der Siedlung Zietenhorst bei Weistrau schilderte **Ulrike Schwarz** (Zossen) ein Siedlungsprojekt der NS-Zeit im weit 1775 trockengelegten Oderbruch. Zwischen 1937 und 1941 entstanden hier sechs Hofstellen in traditioneller Bauweise mit eingeschossigen, reetgedeckten Wohnstallhäusern und verbretterten Scheunen. **Bernd Adam** (Garbsen) zeigte mit dem 1939 von der Nassauischen Siedlungsgesellschaft in Höhr-Grenzhausen (Westerwaldkreis, Rheinland-Pfalz) erbauten „Hubertushof“ ein Beispiel eines äußerlich traditionell anmutenden Streckhofes, der mit Luftschuttkeller und separatem Splitterschutzraum von der Kriegsvorbereitung geprägt war. Die „NS-Siedlungspolitik in der bayerischen Rhön 1933-45“ war das Thema von **Sabine Fechter** (Fladungen). Ähnlich wie das Emsland galt die Rhön als „Notstandsgebiet“, das durch ein ehrgeiziges Siedlungsprojekt, den „Rhön-Aufbauplan“ oder „Dr.-Hellmuth-Plan“ erschlossen werden sollte. Trotz erheblichen Propagandaaufwandes scheiterte das Projekt an den ungünstigen Siedlungsbedingungen in ca. 800 m Höhe. **Axel Böcker** (Saarbrücken) schilderte den totalitären Zynismus des NS-Wiederaufbaus in der so genannten „Westmark“ im Saarland und dem eroberten Lothringen. Hier wurde

1941 für zahlreiche teilzerstörte Dörfer eine rigide Wiederaufbau- und Abrissplanung entwickelt. Unter Ausnutzung der Abwesenheit der evakuierten Bewohner wurden auch zahlreiche intakte, aber als unwirtschaftliche eingestufte Gehöfte dem Abriss ausgeliefert, um die dicht bebauten Dörfer „aufzulockern“ - darunter auch Häuser von Personen mit abweichender politischer Meinung.

Christine Scheer (Wewelsfleth) stellte zwei 1943 und 1945 abgebrannte Höfe in der holsteinischen Wilstermarsch vor, die in ihren stehen gebliebenen Außenwänden unter großen Schwierigkeiten bei der Baumaterialbeschaffung wiedererrichtet wurden. **Carsten Vorwig** (Kommern) beschrieb anhand von Beispielen den Bau von Notunterkünften am Ende des Krieges angesichts von zerstörten Städten und des Zustroms von Flüchtlingen und Evakuierten. Am bekanntesten ist die „Nissenhütte“, ein staatlich normierter Behelfsbau in halbrunder Wellblechkonstruktion, die nach ihrem Erfinder, dem kanadischen Ingenieur Norman Nissen (1906) benannt ist und nach 1945 tausendfach in zerstörten Städten, aber auch in ländlichen Regionen errichtet wurde.

Die letzten vier Vorträge beschäftigten sich mit der Heimat- und Baupflege der 1920er bis 1950er Jahre - und berührten damit unmittelbar auch die Wurzeln des Arbeitskreises für Hausforschung (AHF), zu dessen Gründungsmitgliedern fast alle der vorgestellten Persönlichkeiten gehörten. **Roswitha Kaiser** (Münster) widmete sich mit der „Baufibel“ einem klassischen Instrument zur Popularisierung von Ideen der Heimat- und Baupflege. Neben Friedrich Ostendorf (1871-1915), dessen „Sechs Bücher vom Bauen“ sie als Vorläufer der Baufibel ansah (obwohl er kein „Heimatschutzarchitekt“ war), stellte sie mit dem Architekten und AHF-Mitglied Justinus Bendermacher (+), der 1943 über „Die dörflichen Bauformen der Nordeifel“ promoviert hatte, einen wichtigen Vertreter der Baupflege vor, der 1949 eine „Baufibel für das Land zwischen Eifel und Niederrhein“ veröffentlichte.

Hermann Kaiser (Cloppenburg) berichtete über die Gründungsgeschichte des 1934 eröffneten Museumsdorfes Cloppenburg, des ersten Freilichtmuseums in Deutschland. Hervorgegangen aus einem 1926 von dem Gymnasiallehrer Heinrich Ottenjann begründeten Heimatmuseum entwickelte sich das Museumsdorf unter der Schirmherrschaft des NS-Gauleiters Röver schnell zu einer Sammlung von idealtypischen Bauernhäusern des Oldenburger Münsterlandes, die gleichsam als „gebaute Baufibel“ den „rechte(n) Sinn und rechte Gesinnung“ für das Handwerk und die Ideologie eines „neuen, gesunden Bauerntums“ vermitteln sollten. Trotz der ideologisch eindeutigen Ausrichtung war das Museumsdorf unter den NS-Funktionären umstritten; das Rasse- und Siedlungshauptamt der NSDAP (R. Walther Darré) wollte es verhindern und auch Baupfleger Erich Kulke war ein vehementer Gegner des Projektes.

Everhard Jans (Lochem, NL) stellte Leben und Werk seines Vaters, des niederländischen Architekten und Baupflegers Jan Jans (1893-1963) aus Almelo vor. Als

jugendlicher Sozialist und Anhänger der sozialdemokratisch orientierten „Amsterdamer Schule“ passt Jans so gar nicht in das Klischee des bürgerlich-konservativen bis völkisch-ideologischen Heimatschützers und Baupflegers. Wie viele seiner Zeitgenossen von der Wandervogelbewegung geprägt, begeisterte sich Jans früh für die ländliche Baukultur der östlichen Niederlande, die er in Zeichnungen dokumentierte. Als Architekt entwarf er ländliche Gebäude in Anlehnung an traditionelle Bauten und war am Wiederaufbau kriegszerstörter Bauernhöfe beteiligt. Durch seine Freundschaft mit Josef Schepers kam Jan Jans in Kontakt mit dem AHF, auf dessen Tagung in Cloppenburg 1952 er einen Vortrag hielt.

Mit dem Architekten, Baupfleger und Hausforscher Gustav Wolf (1887-1963) stellte **Thomas Spohn** zum Schluss den wichtigsten Vertreter der nordwestdeutschen Baupflege vor. Wolf hatte bei Theodor Fischer in München studiert und war Anhänger einer „gemäßigten Moderne“, die ihre Inspiration im traditionellen regionalen Bauen suchte. 1920 kam er nach Westfalen (Soest) und später nach Münster. Als Architekt machte er sich einen Namen mit dem Bau von Gartensiedlungen in Münster (Habichtshöhe, 1924-26) und Ahlen (Zechensiedlung Ulmenhof, 1926-29). Seine Entwürfe zum Wiederaufbau kriegszerstörter Bauernhöfe (1942, 43) waren der Versuch, das äußere Erscheinungsbild des niederdeutschen Hallenhauses mit modernen Bauweisen (Ortbeton, Hohlsteindecken) in Einklang zu bringen; auch strebte er eine Synthese von Hallenhaus und Gulflhaus an. Wegen seiner bürgerlichen Überzeugungen wurde Wolf, der kein NSDAP-Mitglied war, nach 1933 vom Professor zum Dozenten „degradiert“. Wolf verfasste 85 Veröffentlichungen zur Baupflege; als Leiter des Westfälischen Baupflegeamtes begründete er 1935 die Publikationsreihe „Haus und Hof deutscher Bauern“, von der aber nur drei Bände erschienen. Nach dem Krieg gelang es Wolf, alle namhaften Hausforscher und Baupfleger im 1949 gegründeten Arbeitskreis für Hausforschung zusammenzurufen, dessen Gründungsvorsitzender er wurde.

Die folgende, von **Sophie Elpers** mustergültig vorbereitete Busexkursion am Sonntag, 6. April führte in die Umgebung Arnheims zu beispielhaften Bauernhof-Neubauten der 1920er bis 1940er Jahre, u.a. Hof „Bruxvoort“, Lange Rijnsteeg 4, Ede, Bauerschaft De Kraats (Architekt H.J. van Houten, 1928) und Wiederaufbau-Bauernhof „Nattegat“, Voskuilerweg 44, Woudenberg, Bauerschaft Voskuilen, von 1947. Zeitgeschichtlich besonders interessant waren zwei so genannte „Camouflage-Bauernhöfe“ auf dem früheren Fliegerhorst Deelen bei Arnhem. Dabei handelte es sich um als Bauernhäuser und Scheunen getarnte Flugzeughallen eines Militärflugplatzes aus dem Zweiten Weltkrieg, die zunächst von der niederländischen Luftwaffe und später von den deutschen Besatzern genutzt wurden. Heute dienen diese Bauten ihrem ursprünglichen vorgetauschten Zweck - als bäuerliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude.

Den idyllisch-entspannten Abschluss der Exkursion bildete der Besuch des Städtchens Bronkhorst an der IJssel mit Häusern des 16. bis 19. Jahrhunderts und einem

mittelalterlichen Burghügel (Motte). Der liebevoll bis „über-liebevoll“ restaurierte Ort scheint geradezu einer Baufibel entsprungen zu sein und ist heute eine Touristenattraktion.

Die Arnheimer Tagung erwies sich trotz des dicht gedrängten Programms als außerordentlich inspirierend, wie die engagierten Diskussionen unter den Teilnehmern zeigten. Die Herausgabe eines Tagungsbandes ist vorgesehen und es bleibt zu hoffen, dass damit weitere Forschungen zum ländlichen Bauen des 20. Jahrhunderts angeregt werden.

**“Production and productivity
in European agriculture in a historical context”**
(June 13-14, 2008 at Lund University)

Mats Olsson / Patrick Svensson

In 2006–2008 a series of workshops on European rural societies was arranged within a European research network.* One of the concluding workshops focused on production outcomes. It targeted, firstly, on levels of agricultural production and productivity and, secondly, causes for changes in these levels. The two earlier workshops in this part of the COST-action dealt with the impact of markets and commercialisation on the management of land and with specialisation in production, respectively. Following this, the third and final step, was to estimate changes in output, and its causes.

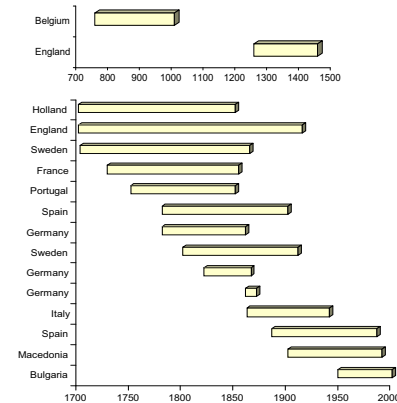
The conference took place in June 13-14, 2008 at Lund University, Sweden. In all there were 29 participants of whom 27 were active as paper contributors, discussants or chairs. The participants came from 15 European countries, representing 22 universities and institutions. At the conference 16 papers were presented and discussed. The periods studied ranged from the Early Middle Ages up to the early 21st century, although at least 11 of the papers dealt with the agrarian transformations in the 18th and 19th centuries.

Most papers contained both a quantitative and qualitative approach. The quantitative approach was targeted at estimating historical agrarian production and productivity. The sources and methods varied between countries and periods. The most common sources, dealing with the Middle Ages and Early Modern times, were

* The workshop took place within the action A35: Program for the study of European rural societies (PROGRESSORE) financed by European Cooperation in the field of Scientific and Technical Research (COST). Financial support was also provided by the Swedish Research Council (Vetenskapsrådet) and Handelsbanken, Forskningsstiftelserna

farm records, tithes, probate inventories, land surveyors acts, prices, population size and contemporary estimates and reports. The sources for the 20th century were typically official statistics.

Tables 1 a-b. Papers by studied countries and period



In the explanatory approaches basic factors affect the way land is managed and thereby the level of production. These basic factors consist of natural conditions such as climate, topography and soil conditions. There are also economic and institutional factors affecting land management, e.g. traditions, inheritance systems, property rights, proximity to urban centres, population density, transport costs and trade restrictions. Together these factors affect farm sizes, technology, choice of crops and degree of specialisation. Hence, changes in the basic factors create incentives for altered management which eventually would lead to changes in production and productivity.

The papers dealt with this approach in rather different ways displaying different access to sources as well as the impact of this on the choice of explanatory models. The first session dealt with production and productivity during the Middle Ages. In a paper by **Wilkin** a qualitative approach is used when discussing early medieval eastern Belgium. He finds that the manorial system was a profitable structure focussing on the way production was organised. The profitability did not rest upon technical advancement or intensification but on extensive agriculture and dues from the peasants. Wilkin argues that this came about primarily through the rational calculation

made by the landlords rather than through technical backwardness or other relative deficiency in eastern Belgium. This paper relates methodologically to the paper on France (**Antoine**) discussing the use of farm accounts for estimations of agricultural productivity. Antoine highlights the need for precise quantitative methods in order to take account of deficiencies in the source material. She also finds that qualitative methods often provide answers to many of the questions asked.

The second paper on the Middle Ages had a quite different approach. The paper by Broadberry, **Campbell** and **van Leeuwen** on English agricultural output 1250-1450 is quantitative and is part of an ongoing research debate dealing with England from the Middle Ages to the industrial revolution. The authors estimate seigniorial production on micro-level using a new methodological approach when scaling these figures to a national level. Besides providing new estimates on agricultural output, the main contribution from the paper is that the authors show that the seigniorial sector responded to changes in prices on as well commodities as on factors of production. A change from arable to pastoral production caused falling land productivity and by 1450 output as well as labour productivity was falling.

The second and third sessions dealt with agriculture in England, Germany, the Netherlands and Sweden during the eighteenth and nineteenth centuries. The three papers in the second session all estimated production and productivity in a quantitative way using different sources presenting their results in annual resolution. This allowed for some comparisons and it is obvious that agriculture in Sweden (Olsson and Svensson) outperformed the Dutch (**Knibbe**) and English (**Beckett** and **Turner**) agriculture during this period. This could be a catching up process and in the Swedish case the authors show that the transformation from “traditional” institutions to “modern” institutions (e.g. development of property rights and enclosure of land) was important for growth. Another paper on Sweden (**Gadd**) estimates the crop production on national level for the long nineteenth century, presenting a new way of using old data. This contributes to our understanding of one of the most important phases in agricultural change in Sweden. The Dutch case stresses the importance of soil conditions and access to markets for growth and presents evidence that it was the pastoral sector that increased productivity the most in Friesland. In England, with its more developed institutional setting, it was more of a step-by-step growth in productivity and the main contribution to the increase in yields came after 1820, rather than before. The results from this paper can be compared and analysed in relation to the paper on medieval England in many respects. The paper by **Konersmann** on southwest Germany highlights the importance of certain groups of peasants taking a leading part in the commercialisation of agriculture through engagement in trade and through the adaptation of new techniques and new methods. Konersmann states that this group of “peasant merchants” was important for the spread of new ideas and acted as initiators for the agricultural revolution in the region. In this way their role is comparable to the one performed by the freeholders in the Swedish case. Finally, the paper on Prussia (**Weitzel** and **Kopsidis**) presents evidence on institutional changes (e.g. the Zollverein) leading to growth. However, the authors show that although market integration took place it was primarily not on a national level but rather within macro-regions shaped

like “Thuenen-belts”. These results are confirmed in another paper by **Kopsidis** and **Wolf** studying agricultural productivity in eastern versus western Prussia. The macro-regions in the west supported the ongoing urbanisation and industrialisation while the production in eastern Prussia above all met English demand for foodstuffs.

In the fourth and fifth sessions three papers estimating productivity, adapting total factor productivity (TFP) was presented. This methodology has made it possible to identify phases of growth and stagnation in a better way than before and has also the benefit of direct comparisons between countries and regions. Both the paper on Italy (**Federico**) and on Spain (**Lana Berasain**) show that growth during the nineteenth century was higher than earlier research has shown. This is particularly true for the period after the Napoleonic wars (Spain) and for the last quarter of the century (Spain and Italy). Both an increase in cultivated area and intensification played a role in this growth. This finding is supplemented by results from a second paper on Spain (**Pinilla** and **Clar**) which reveals a predominance of extensive growth before World War II and intensification after 1945. Other important factors promoting growth were market integration and increased trade. The Portuguese case (**Fonseca** and **Reis**), however, reveals that openness and trade was not sufficient for growth in productivity. Natural resources put a limit to ecological and productivity sustainability in Alentejo, a result that is comparable to the one found by Knibbe in his paper on Friesland and findings in the Pinilla and Clar paper on differences between regions in Spain.

Finally two papers dealing with east European twentieth century development of agriculture concluded the workshop. These papers use official statistics and show that the dramatic changes in political and institutional settings affected growth patterns in agriculture, mainly through changes in property rights and in average farm sizes. One implication of the results is that repeated changes in themselves have an effect on long-term growth. A third result is that growth rates between Macedonia (**Sekovska**) and Bulgaria (**Bachev**) differed substantially, a result opening up for a more thorough comparison.

Conclusively, these new estimates have provided new ways of explaining growth patterns in European agriculture. Comparing the papers across regions and countries has shown that the producers of agricultural commodities, seigniors and peasants, responded to markets and economic incentives already from early on. However, property rights and institutions seem to have mattered in this respect. Old traditional structures and serfdom did not promote growth to the same respect as individual management and higher degrees of market integration. Improved transportation, openness in trade and a common national institutional context also mattered although increased supply of agricultural products in the first phase of expansion mainly was traded on a local or regional level, rather than between regions and countries. Another factor affecting growth is the possibility of flexibility and sustainability; soils and other natural conditions limited the ways management of land could be performed both in the short and in the long run. Moreover, the differences in levels and growth rates over time for different regions/countries, and the way these changes are explained by the authors, provide a further possibility of dating and defining the elusive agricultural revolution.

„100 Jahre Hellerau. Geschichte und Zukunftsfähigkeit der Gartenstadtidee“

Bericht über eine internationale Tagung des Instituts für Baugeschichte, Architekturtheorie und Denkmalpflege der TU Dresden und der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen, Hellerau 05.-07.06.08

Uta Bretschneider

Ein Jubiläum bildete den Ausgangspunkt der internationalen Tagung zur „Geschichte und Zukunftsfähigkeit der Gartenstadtidee“. Die Jubilarin, die Gartenstadtgemeinschaft Hellerau am Rande Dresdens, feierte ihr 100jähriges Bestehen. 24 ReferentInnen und ModeratorInnen sowie etwa 120 Gäste fanden sich drei Tage lang im Gebäudekomplex der Deutschen Werkstätten zu Austausch, Diskussion und Anregung zusammen. Disziplinen wie Architektur, Denkmalpflege, Stadtplanung, Geschichte, Kunstgeschichte u. a. waren vertreten.

Den Auftakt der Tagung bildete am Donnerstag eine Führung durch Festspielhaus und Siedlungsanlage. Im Gebäudekomplex der Deutschen Werkstätten erfolgte nach einleitenden Worten von **Susanne Jaeger** und **Nils Schinker** (beide Dresden) die Eröffnung einer Ausstellung. Studierende des Masterstudienganges Denkmalpflege und Stadtentwicklung hatten in den vergangenen Monaten Untersuchungen zur Identifikation der Bewohner mit Hellerau, zur Innenausstattung der Häuser im Vergleich zum Erbauungszustand, zum informellen Wegenetz der Siedlung sowie zum Vergleich mit der Gartenstadt Dresden-Briesnitz angestellt, die in Form von Tafeln visualisiert wurden. Die Entwicklung der Siedlung wurde an Hand von vier Zeitschnitten (1908, 1914, 1945 sowie 2008) aufgezeigt.

Den Abschluss des ersten Veranstaltungstages bildete der öffentliche Abendvortrag des Architekturhistorikers **Werner Durth** (Darmstadt). Er ordnete den Ursprung der Gartenstadtidee in den Kontext von Industrialisierung und Lebensreform ein und präsentierte die Anfänge der Stadtplanung als „Tochter der Krise“. Von den Grundsätzen Ebenezer Howards (1850-1928; 1902 erschien „Garden Cities of Tomorrow“, sein noch heute bedeutendes Hauptwerk) über die Mathildenhöhe bei Darmstadt, die englische Arts-and-Crafts-Bewegung um William Morris bis hin zur Gründung des Deutschen Werkbundes 1907 schilderte Durth die Ideengeschichte der Reformbestrebungen, die auch in Hellerau ihren Niederschlag finden sollten. Er erläuterte auch die Anfänge und Entwicklung der von Karl Schmidt gegründeten Siedlung, in der sich die Schönheit der Natur (Einbeziehung des Landschaftsprofils in die Siedlungsanlage im Sinne Howards) und die Geselligkeit des städtischen Lebens verbunden.

Am zweiten Tag eröffneten die Begrüßungen durch **Ralph Lindner** von der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen, **Thomas Will** (Dresden), **Karl Lenz** (Prorektor für Bildung, TU Dresden) sowie den Staatsminister **Albrecht Butolo** das Tagungsprogramm. Die folgenden zehn Vorträge waren in drei Sektionen unterteilt, die von **Hans-Rudolf Meier** (Weimar), **Gunther Wölfle** (Dresden) sowie **Thomas Will** (Dresden) moderiert wurden.

Am Beginn der ersten Sektion „Geschichte und Bedeutung der Gartenstadt“ stand der Vortrag von **Thomas Nitschke** (Leipzig), der sich mit den Einflüssen von Lebensreform und „neudeutscher Bewegung“ auf die Gründung Helleraus auseinandersetzte. Er zeigte Hellerau als Schmelztiegel lebensreformerscher Ideen von Bodenreform über Reformgymnastik bis hin zur Reformpädagogik und konstatierte schließlich, dass die Einflüsse der völkischen Bewegung in Hellerau, z. B. unter Bruno Tammann lediglich eine „Fußnote“ gewesen seien, die Hellerauer im Wesentlichen liberal gesinnt.

Im Anschluss beleuchtete **Erika Schmidt** (Dresden) die Bedeutung von Grünflächen für die historische Gartenstadt. Sie erläuterte kritisch das Besiedlungskonzept Howards und präsentierte Anlagen, die seinen Ideen nahe kommen, wie diejenigen in Chicago und Mulhouse. Dabei betonte sie die „Werbewirksamkeit“ der Howardschen Gartenstadtidee, obwohl es keine Umsetzung seiner Idee in Reinform gab. In der Diskussion warf **H. Karge** dann auch die These auf, dass der eigentliche Erfolg des Howard'schen Konzepts in der Simplizität des Kreismodells bestand.

Der folgende Beitrag galt der Thematik „Konstruktion von Heimat: Die Konzeption von Hellerau zwischen Regionalität und Internationalität“. **Henrik Karge** (Dresden) erläuterte hierbei die Arbeit der Bau- und Kunstkommission in Hellerau sowie die Einflüsse von Regionalismen auf die Architektur: die Auswirkung englischer Vorbilder auf das Schaffen Muthesius', die bayrisch-österreichische Prägung Riemerschmids sowie die Elemente des einfachen ländlichen Bauens im deutschen Nordosten bei Tessenow.

Den letzten Vortrag dieser Sektion zur kulturgeschichtlichen Bedeutung Helleraus für die Lebensreform hielt **Kristiana Hartmann** (Berlin). Sie betonte den kulturutopischen Anspruch der Siedlung und – durch ein „glückliches Zusammentreffen kraftvoller Reformströmungen“ – die Bedeutung Helleraus als „Wiege der Avantgarde“. Hier hob sie besonders den schweizerischen Musikpädagogen Emile Jacques-Dalcroze hervor, dessen rhythmische Gymnastik und Ausdruckstanz die Bildung des Bewusstseins durch körperliche Erfahrung (im Sinne eines „laboratoire d'une humanité nouvelle“) beeinflussen sollten. Er machte Tessenows Festspielhaus am Vorabend des Ersten Weltkriegs zu dem Treffpunkt der kulturellen Elite Europas.

Die zweite Sektion „Gartenstädte bewahren – Konflikte und Chancen“ eröffneten **Michael** und **Rita Wolffsohn** (Berlin). Sie stellten die Gartenstadt „Atlantic“ in Berlin-Wedding vor, die der Großvater des Referenten mitgeplant und finanziert hatte. Das Ehepaar erbt die Siedlung des Architekten Rudolf Fränkel 2000 und sanierte die marode Substanz bei gleichzeitiger Neubelebung des Gemeinschaftsgedankens im „Mikrokosmos Atlantic“ durch das Angebot von Lichtburgforum (Veranstaltungsraum für Vorträge, Konzerte, Ausstellungen etc.), Lernwerkstatt Museum, Hertha BSC Shop und Mieterzeitung. Der ausführende Architekt, **Michael Muffert** (Berlin), erläuterte im Anschluss die Schwierigkeiten in Bezug auf Sanierung und Denkmalschutz sowie die Wiederbelebung der Gemeinschaftsgrünanlagen.

Mervyn Miller (Ashwell, UK) stellte in seinem anschließenden Referat die Ursprünge und Entwicklung einer der ersten Gartenstädte, der „Hampstead Garden Suburb“, vor, zu der Sir Raymond Unwin 1907 im Auftrag von Henrietta Barnett die

Pläne erstellte. Architekten wie Baillie Scott waren an der Realisierung beteiligt. Das Ortsbild ist neben der klassischen britischen auch durch Elemente der „germanic architecture“ geprägt. Gebaut als „suburb for all classes“ ist Hampstead heute Wohnviertel der Reichen.

Es folgte **Mario Gutjahr** (Melbourne, AUS), der die australische Gartenstadtbewegung und Canberra als Hauptstadt und erste Gartenstadt Australiens vorstellte. Die Entwürfe für Canberra fertigte Walter Burley Griffin in enger Zusammenarbeit mit seiner Frau Marion Mahony an. Jedoch wurden nur die von ihnen vorgesehenen Gliederungsachsen später umgesetzt. Es entstand eine Stadt mit zwei Zentren, dem der Arbeiter und dem der Regierung, durch einen See getrennt. Heute – nach erfolgtem Weiter- und Umbau der Stadt – beginnt eine Rückbesinnung auf die Ideen Griffins, die in den kommenden 25 Jahren Umsetzung finden sollen.

Fransiska Bollerey (Delft, NL) gab schließlich einen Überblick über die Rezeption der Gartenstadtidee in Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Bei Architekten aus diesen Ländern sind um 1900 – vor allem im Kontext der Bestrebungen zur Entlastung der Großstädte – Modifikationen des Howard'schen Gartenstadt-Modells zu finden. Bollerey bemerkte weiterhin, dass die Differenzierung zwischen Werksiedlung, Trabantenstadt, Vorstadt und eigentlicher Gartenstadt in den Niederlanden äußerst unscharf sei (Sammelbezeichnung „Tuindorp“). Diese Begriffsunschärfe sei auch auf der Tagung problematisch. Außerdem kritisierte sie, dass im bisherigen Tagungsverlauf Howards Diagramme zum sozialen Leben in der Gartenstadt vernachlässigt wurden und forderte zu einem Neu-Lesen des Werkes auf.

In Sektion drei „Neues Bauen in historischen Gartenstädten“ wurden abschließend architektonische Gegenwartsprobleme der Gartenstädte näher beleuchtet und damit ein starker Praxisbezug ermöglicht.

Michael Bäckmann (Berlin) stellte den Entwurf seines Architekturbüros für die Gartenstadt „Am Falkenberg“ als Erweiterung („Neuinterpretation statt Weiterentwicklung“) der „Tuschkastensiedlung“ Bruno Tauts im Südosten Berlins vor. Städtebauliche und planerische Querelen führten dazu, dass nur ein Bruchteil der geplanten Bebauung realisiert werden konnte. So schuf das Architekturbüro „Quick Bäckmann Quick & Partner“ wie Taut 1913 nur ein Fragment einer Siedlung. Vorerst, denn Hoffnung wird nun in den geplanten Flughafenbau und den damit verbundenen Zuzug von Arbeitskräften gesetzt.

Den Veranstaltungstag beschloss **Wolfram Baltin** (Karlsruhe), der 1992 die Bebauung des Grundstückes am Pfarrlehen am Rande Helleraus plante. Hier entstanden von 1996 bis 1999 70 Einzelhäuser mit Gemeinschaftsflächen und kleinen Privatgärten. Der Gedanke der Geschlossenheit der Straßenräume wurde dabei aufgegriffen (Analogie zu informellen Wegen in Hellerau). Obwohl sich Baltin gegen das Konzept des genossenschaftlichen Eigentums aussprach und die Häuser Privateigentum sind, erscheint die Anlage heute als in sich geschlossener „kleiner Kiez“.

Der dritte Tag umfasste zwei Sektionen sowie eine Podiumsdiskussion, die von **Heiko Schellenberg**, **Jörg Sulzer** (beide Dresden) sowie **Jürgen Tietz** (Berlin) moderiert

wurden.

In der ersten Sektion, „Die Gartenstadt als städtebauliches Leitbild“ referierte zunächst **Vladimir Šlapeta** (Brno, CZ) zu Gartenstädten in Tschechien. 1909 wurde hier in Louny die erste tschechische Gartenstadt vom Architekten Jan Kotřra geplant und 1909 bis 1913 sowie zwischen 1919 und 1920 umgesetzt. Weitere Gartenstädte anderer Architekten entstanden in Zlín (Werksiedlung der Schuhfabrik Bat'a); Prag-Ortřchovka; die Jubiläumssiedlung Ostrava-Hrabová (heute am besten erhalten, da sie nach wie vor Genossenschaft ist) sowie Brno-Masaryk (Beamtenviertel); Brno-Řečkovice (Siedlung für Eisenbahnangestellte), Brno-Maloměřice (Arbeiterkolonie). Auch für Tschechien konnte Šlapeta Einflüsse Howards aufzeigen. „Garden Cities of Tomorrow“ erschien 1924 auf Tschechisch.

Bernd Hunger (Berlin) stellte im Anschluss die Entwicklung von der Gartenstadt zum aktuellen Wohnungs- und Städtebau dar. Er erläuterte den Weg vom Wohnungsbau der Industrialisierung über die daraus erwachsene Wohnungsreformbewegung und die enormen Dimensionen des Wohnungsbaus der Nachkriegszeit bis hin zur gegenwärtigen Situation. Hunger stellte weiterhin vier Strategien zur Stadtentwicklung vor: offene Stadtlandschaften stärken, nicht überformen; (grüne) Auflockerung der Innenstädte durch Rückbau; Elemente der Gartenstadt durch innerstädtischen Neubau; Umbau der Häuser, die nicht mehr aktuellen Anforderungen entsprechen. Abschließend erläuterte er Merkmale und Bedeutung der europäischen Stadt als „Mosaik vielfältiger Wohnmilieus mit jeweils eigener Logik, Stärken und Schwächen“.

In der zweiten Sektion „Die Gartenstadt als Modell für eine nachhaltige Stadtplanung?“ referierte zum Schluss **Eckart Güldenberg** (Hannover) zum Für und Wider der Genossenschaftsidee. Er schilderte den Niedergang der „Baugenossenschaft Hellerau e. G. mbH“ aber auch erfolgreiche Konzepte wie „Freie Scholle e. G.“, Berlin-Tegel. Der Vortrag endete mit einem Plädoyer für genossenschaftliches Eigentum, das aus dem wachsenden Bedürfnis nach sicherem, kostengünstigen Wohnraum und Mitbestimmung heraus überaus zukunftsfähig sei.

Den Abschluss der Tagung bildete die Podiumsdiskussion, bei der Probleme der Stadtplanung (z. B. die schrumpfende Stadt), die österreichische Gartenstadt „Neue Heimat“ sowie die Frage nach dem Sinn und Sinn von Gestaltungsvorschriften in Gartenstädten angesprochen wurden. Einige Fragen, beispielsweise ob eine Gartenstadt nicht nur ein bestimmtes Milieu bedient und eine stärkere soziale Durchmischung erstrebenswert sei, wurden nicht vollständig beantwortet. Dies zeigt, dass das Thema auch weiteren (interdisziplinären) Diskussionsstoff bietet.

Der Tagung folgte am 08.06.08 die Gründung des „Netzwerkes Europäische Gartenstadt“. Ein Tagungsband soll im Sommer 2009 erscheinen. „100 Jahre Hellerau. Geschichte und Zukunftsfähigkeit der Gartenstadtidee“ hat bewiesen, dass Gartenstädte auch jenseits der Denkmalpflege ein interessantes Forschungsobjekt sind. Die Tagung zeigte das breite Spektrum an Facetten der Gartenstadt-Thematik, beleuchtete Historie und Gegenwart, bot lokale, nationale und internationale Einblicke und erlaubte Ausblicke auf die Zukunft der Gartenstadtidee.